

# Monatsbericht des BMF März 2013





Monatsbericht des BMF März 2013

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung		
-	nichts vorhanden		
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts		
	Zahlenwert unbekannt		
X	Wert nicht sinnvoll		

# □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Forum Finanzpolitik	6
Vítor Gaspar, portugiesischer Finanzminister:	
Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland	6
Analysen und Berichte	17
Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und die	
Finanzplanung bis zum Jahr 2017	
Der Tragfähigkeitsbericht 2012 der EU-Kommission	
Geschäftsstatistik Kraftfahrzeugsteuer	31
am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau	35
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	39
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2013	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik Termine, Publikationen	
ierninie, rublikauolien	03
Statistiken und Dokumentationen	65
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundeskabinett hat am 13. März 2013
die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2014 und
zum Finanzplan bis 2017 beschlossen. Diese
Eckwerte unterstreichen den konsequenten
Konsolidierungskurs der Bundesregierung. Mit
dem Bundeshaushalt 2014 wird zum ersten Mal
seit Jahrzehnten ein nachhaltig ausgeglichener
Haushalt mit einem strukturellen Defizit
von Null vorgelegt. Nach 2012 und 2013
unterschreitet Deutschland damit in der
Haushaltsaufstellung erneut – und zudem
mit einem deutlichen Sicherheitsabstand –
die erst ab 2016 geltende Obergrenze der
strukturellen Verschuldung von 0,35 % des
Bruttoinlandsprodukts.

Eine solch positive Entwicklung des
Bundeshaushalts war angesichts der
Ausgangslage zu Beginn der Legislaturperiode
nicht absehbar. Die Bundesregierung hat
durch strikte Ausgabendisziplin dafür
gesorgt, dass die Ausgaben über einen
längeren Zeitraum nicht wachsen, sondern –
im Vergleich zu 2010 – sogar sinken.
Mehreinnahmen werden für den Abbau der
Neuverschuldung verwendet. Dies ist ein
finanzpolitischer Paradigmenwechsel und
zugleich ein Signal an Länder und Gemeinden,
ihre Konsolidierungsanstrengungen ebenfalls
fortzusetzen.

Dabei hat sich auch gezeigt, dass das von der Bundesregierung bei der Haushaltsaufstellung angewandte Top-Down-Verfahren das geeignete Instrument ist, um die strikte



Einhaltung der Schuldenregel sicherzustellen. Wichtige Mehrausgaben, etwa für Bildung und Forschung, sind an anderer Stelle vollständig gegenfinanziert.

Der Bund wird mit diesem Eckwertebeschluss ebenfalls seiner Vorbildrolle in Europa und seiner Funktion als Stabilitätsanker gerecht. Denn er zeigt klar: Konsequentes und nachhaltiges Haushalten und gutes Wirtschaftswachstum schließen einander nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Die Bundesregierung wird mit einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, hoher Beschäftigung und steigenden Einkommen leisten.

L. St. -

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Die Wirtschaftsdaten sprechen dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität nach einem verhaltenen Start in das neue Jahr im weiteren Verlauf an Schwung gewinnt.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich im Februar überraschend robust. Von der temporären konjunkturellen Abschwächung im Winterhalbjahr 2012/2013 ist am aktuellen Rand bislang kaum etwas zu spüren.
- Die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen spricht für ein weiterhin ruhiges Preisklima in Deutschland in den nächsten Monaten.

#### Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2013 im Vorjahresvergleich um 2,2% gestiegen. Hierzu trugen erneut insbesondere die Bundessteuern bei. Das gesamte Steureraufkommen für den Zeitraum Januar bis Februar verzeichnet im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 2%.
- Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes bis einschließlich Februar entwickeln sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum positiv (Einnahmen + 0,7%, Ausgaben - 4,6%).
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,45 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,21 %.

#### Europa

- Am 4. März 2013 ist die Eurogruppe zu ihrem regulären Treffen im März zusammengekommen. Die wichtigsten Themen waren die wirtschaftliche Lage im Euroraum, die Lage in Zypern, das weitere Vorgehen in den Programmländern sowie die direkte Bankenrekapitalisierung als mögliches neues Instrument des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).
- Am 5. März 2013 hat die Tagung des ECOFIN-Rates (Wirtschaft und Finanzen) stattgefunden. Hauptthemen waren die politische Zustimmung zum im Trilog zwischen Präsidentschaft, Kommission und Europäischem Parlament ausgehandelten Kompromisspaket über geänderte Vorschriften für Eigenkapitalanforderungen sowie zu dem Gesetzespaket für eine verbesserte wirtschaftspolitische Steuerung im Euroraum.
- Am 14. und 15. März 2013 haben sich die Staats- und Regierungschefs zum Europäischen Rat (ER) getroffen. Im Zentrum stand eine Debatte über die aktuelle finanz- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU. Der ER hat den Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters horizontale Leitlinien für die Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vorgegeben, an denen diese sich bei der Erstellung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie ihrer Nationalen Reformprogramme orientieren sollen. Darüber hinaus zog der ER eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des im vergangenen Juni beschlossenen Pakts für Wachstum und Beschäftigung. ER-Präsident Herman Van Rompuy informierte die Staatschefs über die laufenden Arbeiten zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

#### Vítor Gaspar

# Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

1	Einleitung	6
2	Die portugiesische Wirtschaft von 1999 bis 2011	7
3	Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm: Korrektur	
	gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte und struktureller	
	Hemmnisse	9
3.1	Haushaltskonsolidierung	10
3.2	Schuldenabbau und Finanzstabilität	10
3.3	Strukturreformen	11
4	Verbesserung der finanziellen Bedingungen	13
4.1	Vollständige Rückkehr auf die Anleihemärkte	13
4.2	Mehr Kreditvergaben, niedrigere Kreditkosten	14
4.3	Vor uns liegende Aufgaben	14
	Fazit	

## 1 Einleitung

1986 war ein entscheidendes Jahr für Portugal. Das Land trat der Europäischen Union (EU) bei – einer auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten beruhenden Union von Staaten, Völkern und Bürgern. Im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb schreitet die wirtschaftliche Integration Europas voran. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert profitiert Portugal politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich von seiner Mitgliedschaft in der EU.

Nach den Vorbereitungen zur Teilnahme Portugals am Euroraum entstanden jedoch gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte und strukturelle Hemmnisse, die zu einer enttäuschenden Wirtschaftsleistung und Stimmungsänderungen an den Finanzmärkten führten. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum sowie Fehleinschätzungen in der gesamtwirtschaftlichen Politik Portugals in den Jahren 2008 und 2009 waren dabei lediglich die Auslöser. Durch den plötzlichen Wegfall der Portugal zur Verfügung stehenden internationalen Privatfinanzierung im April 2011 ließ sich ein Antrag auf internationale Finanzhilfe nicht mehr vermeiden.

Fast zwei Jahre nach Beginn des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms ist die Leistungs- und Kapitalbilanz wieder ausgeglichen, nachdem während eines Zeitraums von mehr als zehn Jahren Ungleichgewichte von rund 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bestanden. In den Jahren 2011 und 2012 erfolgte eine Anpassung des strukturellen Primärsaldos um circa 6 Prozentpunkte des BIP. Während



**Der Autor** 

Vítor Gaspar ist seit dem 21. Juni 2011 portugiesischer Finanzminister. Zuvor war er von 1998 bis 2004 Generaldirektor für Forschung bei der Europäischen Zentralbank und in den Jahren 2007 bis 2010 Leiter des Beratergremiums für europäische Politik (BEPA) der Europäischen Kommission.

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

dieses Zeitraums wurden zahlreiche Strukturreformen umgesetzt. Der Privatisierungsprozess ist dabei das Aushängeschild für die wieder gestiegene Wettbewerbsfähigkeit und Offenheit Portugals. Die jüngsten Finanzindikatoren deuten darauf hin, dass sich Portugal an einem Wendepunkt des Anpassungsprozesses befindet. Dies ist besonders ermutigend, da das portugiesische Volk zuvor über einen Zeitraum von fast zwei Jahren entschiedene Anstrengungen unternommen hat. Dank der strengen Einhaltung des Programms wurden auf allen Ebenen bedeutende Erfolge erzielt. So konnten vor allem Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufgebaut werden, was sich nun in besseren Finanzierungsbedingungen für die Wirtschaft niederschlägt.

Dieser Artikel ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 enthält eine historische Betrachtung der portugiesischen Wirtschaft von den Anfängen der Mitgliedschaft im Euroraum bis zur Beantragung internationaler Finanzhilfe. Abschnitt 3 enthält eine kurze Darstellung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms und der wichtigsten Erfolge in den Jahren 2011 und 2012. Abschnitt 4 konzentriert sich auf die Anfang 2013 erzielte Verbesserung der Finanzierungsbedingungen. Abschnitt 5 enthält ein Fazit.

## 2 Die portugiesische Wirtschaft von 1999 bis 2011

Zwischen 1999 und 2008 bauten sich in Portugal starke gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte auf. Rückblickend ist unbestreitbar, dass die öffentlichen Finanzen Portugals nicht tragfähig waren. Das Haushaltsdefizit lag durchweg über 3%, und die Staatsverschuldung überstieg nach und nach die in den europäischen Verträgen vorgeschriebene Obergrenze von 60 %. Hinzu kam ein hohes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht. Über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren betrug das Leistungsbilanzdefizit Portugals rund 10 % des BIP. Die Nettovermögensposition, d. h. die Schuldnerposition des Landes gegenüber dem Ausland, verschlechterte sich folglich stetig und stieg auf mehr als 100 % des BIP. Diesen Zahlen lag ein Trend hin zu einer stark ansteigenden Privatverschuldung zugrunde. Im Jahr 2010 betrug die Verschuldung privater Haushalte und nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften das 2,5-Fache des BIP. Ein weiterer wichtiger Trend bestand in der Verschlechterung der Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit.

Die Anpassung Portugals ähnelte in gewissen Punkten dem Anpassungsprozess anderer Mitglieder des Euroraums. Insbesondere Spanien, Italien, Griechenland und Irland profitierten im Vorfeld und in der frühen Phase ihrer Mitgliedschaft im Euroraum von erheblichen Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen. Der Zugang privater Haushalte und Betriebe zu Krediten wurde erleichtert. Sie profitierten von einem kreditfinanzierten Ausgabenboom. Das Angebot handelbarer Güter erwies sich als sehr elastisch und häufig wurde der

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

Zufluss der Geld- beziehungsweise Kapitalmarktfinanzierung durch ein Leistungsbilanzdefizit gespiegelt. Als Reaktion auf eine gestiegene Binnennachfrage erfolgte eine Ressourcenverschiebung zum Sektor der nicht handelbaren Güter. Der Prozess wurde begleitet von einer Erhöhung des relativen Preises nicht handelbarer Güter, also von einer Abwertung des realen effektiven Wechselkurses (und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit).

Das auffallendste Merkmal der Lage Portugals war das schwache Wachstum. Konkret bedeutet dies, dass Portugal trotz einer offensichtlich übermäßigen Binnennachfrage ein nur mäßiges Wachstum verzeichnete. Die Erfahrungen Portugals verdeutlichen einen für die aktuellen politischen Diskussionen wichtigen Aspekt: Die Ankurbelung der Nachfrage ist keine Garantie für Wirtschaftswachstum.

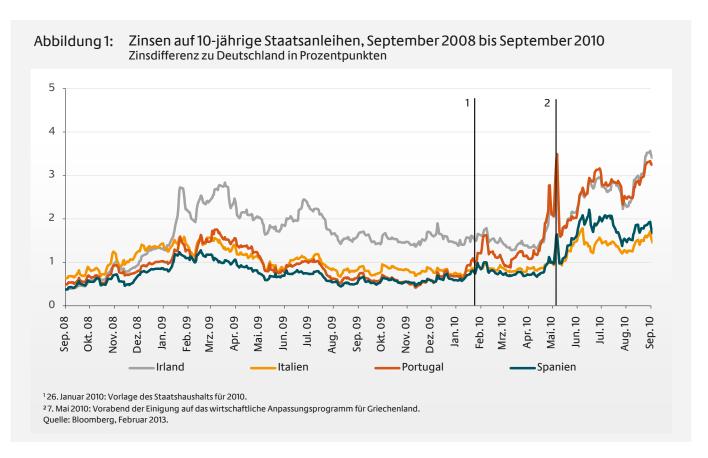
Nach dieser Abhandlung des ersten Jahrzehnts des Euro gilt es nun, den Zeitraum zwischen 2008 und 2011 genau zu betrachten. Meines Erachtens kam es zwischen dem Ausbruch der Finanzkrise und dem plötzlichen Wegfall der internationalen Privatfinanzierung Portugals zu einer verhängnisvollen Fehleinschätzung in der nationalen Politik.

Obwohl die Notwendigkeit einer Anpassung erkannt wurde, ignorierte man die Dringlichkeit. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euroraum und den zunehmenden Spannungen auf den Finanzmärkten führte das Aufschieben der Anpassungen zu einer erhöhten Anfälligkeit.

Die Vorlage des Staatshaushalts für 2010 im Januar desselben Jahres ist dafür ein konkretes Bespiel. Vier Monate nach ihrem Wahlsieg und Antritt einer zweiten Amtszeit legte die Regierung für die Jahre 2009 und 2010 neue Prognosen für das Defizit (9,3 % beziehungsweise 8,3 % des BIP) und die Staatsverschuldung (76,6 % beziehungsweise 85,4 % des BIP) vor. Diese Zahlen stellten eine deutliche Aufwärtskorrektur der vorherigen Prognosen der Regierung von Anfang 2009 dar. Gleichzeitig entwarfen sie ein schlechteres Szenario als die Herbstprognose 2009 der Europäischen Kommission. Vor allem bestätigten sie, dass die in den Jahren 2009 und 2010 verfolgte expansive Politik dramatische Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen des Landes hatte. Die Schuldentragfähigkeit war eindeutig gefährdet.

Wie in Abbildung 1 dargestellt, führte dies zu unmittelbaren und gravierenden Reaktionen auf den Finanzmärkten. Seit Beginn der Finanzkrise hatten sich die Zinsen auf 10-jährige portugiesische Staatsanleihen stark an denen spanischer und italienischer Staatsanleihen orientiert. Im Januar 2010 schnellten sie deutlich in die Höhe und näherten sich den für Irland verzeichneten Werten an. Folglich befand sich Portugal kurz vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise im Euroraum im Mai 2010 in einer prekären Lage. Als im gleichen Jahr wirtschaftliche Anpassungsprogramme mit Griechenland und Irland vereinbart wurden, ging man davon aus, dass Portugal als nächstes an

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland



der Reihe wäre. Vor dem Hintergrund zunehmenden finanziellen Drucks profitierte das Land von erheblicher Unterstützung: Das Eurosystem erhöhte die den portugiesischen Banken zur Verfügung gestellte kurzfristige Liquidität um rund 24 Mrd. € und erwarb im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte portugiesische Anleihen im Wert von knapp 23 Mrd. €. Insgesamt betrug die Unterstützung durch das Eurosystem knapp 50 Mrd. €. Da die internationalen Anleger eine Refinanzierung der Schulden Portugals verweigerten und die Zinssätze für Staatsanleihen stiegen, war der Antrag auf internationale Finanzhilfe Anfang 2011 dennoch unvermeidbar.

# 3 Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm: Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte und struktureller Hemmisse

Entsprechend den drei ermittelten Hauptschwachstellen der portugiesischen Wirtschaft setzt sich das portugiesische Anpassungsprogramm aus folgenden drei zentralen Bestandteilen zusammen: erstens Haushaltskonsolidierung, zweitens Schuldenabbau und Finanzstabilität und drittens Strukturwandel. Das Programm läuft bis Juni 2014 und umfasst eine Finanzausstattung von 78 Mrd. €, wovon 12 Mrd. € für die Rekapitalisierung von Banken vorgesehen sind. Das

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

Programm sieht zwischen Mai 2011 und Juni 2014 zwölf regelmäßige Überprüfungen auf vierteljährlicher Basis vor. Sechs erfolgreich durchgeführte und aufeinanderfolgende regelmäßige Überprüfungen haben bestätigt, dass das Programm auf einem guten Weg ist.

Durchschnittlich wurden 92% der für jedes Quartal vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt beziehungsweise waren bei Abschluss der jeweiligen Überprüfung zumindest in die Wege geleitet worden. Die siebte Überprüfung – die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels noch nicht abgeschlossen war – wird einen Wendepunkt des Programms in Richtung eines nachhaltigen Ausstiegs aus der öffentlichen Finanzierung darstellen.

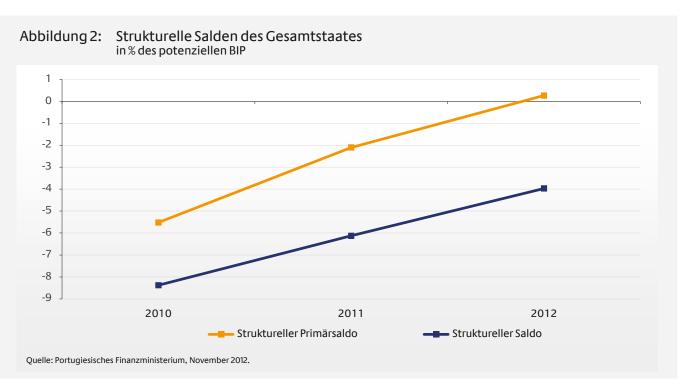
#### 3.1 Haushaltskonsolidierung

Seit 2010 hat eine Anpassung des strukturellen Primärsaldos um circa 6 Prozentpunkte des BIP stattgefunden (siehe Abbildung 2).

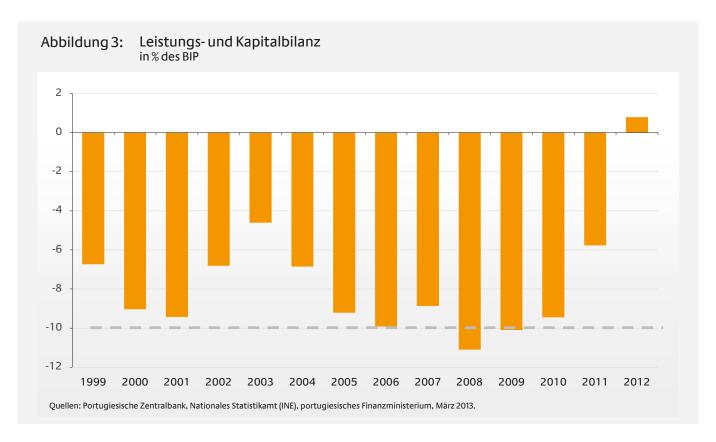
Das sind rund zwei Drittel der im Rahmen des Programms insgesamt erforderlichen strukturellen Anpassung. Außerdem wurden alle vierteljährlichen quantitativen Obergrenzen für den Haushaltssaldo (im Sinne des Programms) eingehalten. Diese Erfolge waren vor dem Hintergrund einer erheblichen Verringerung der nominalen Staatsausgaben möglich. Zwischen 2010 und 2012 konnten sie insgesamt um 14 % beziehungsweise rund 13 Mrd. € gesenkt werden.

#### 3.2 Schuldenabbau und Finanzstabilität

2012 war das Jahr der Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Die Binnennachfrage wurde mit dem



Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland



Inlandsangebot in Einklang gebracht. Gemäß Angaben der portugiesischen Zentralbank, fiel der Außenbeitrag zum ersten Mal seit 1952 – dem Beginn der Erfassung dieses Werts – positiv aus. Zudem hat sich Portugal in der Welt zu einem Nettokreditgeber entwickelt (siehe Abbildung 3). Erstmals seit 1993 ergab die Leistungs- und Kapitalbilanz einen Überschuss.

Bemerkenswerte Fortschritte wurden auch im Bankensektor erzielt. Im Laufe des Jahres 2012 haben die portugiesischen Banken ihre Kernkapitalquote erhöht. Auch beim Zugang zu Liquidität hat sich eine spürbare Verbesserung eingestellt. Somit stellen Kapital und Liquidität keine einschränkenden Faktoren mehr dar, die das Bankensystem an der Bereitstellung von flexiblen Krediten für wirtschaftliche Tätigkeiten und wertschaffende Investitionen hindern.

#### 3.3 Strukturreformen

Der im Programm vereinbarte Strukturwandel stellt ein ehrgeiziges Ziel dar. Über ihn soll die Attraktivität Portugals als Standort für Produktionstätigkeiten, Innovationen und Investitionen wieder gesteigert werden.

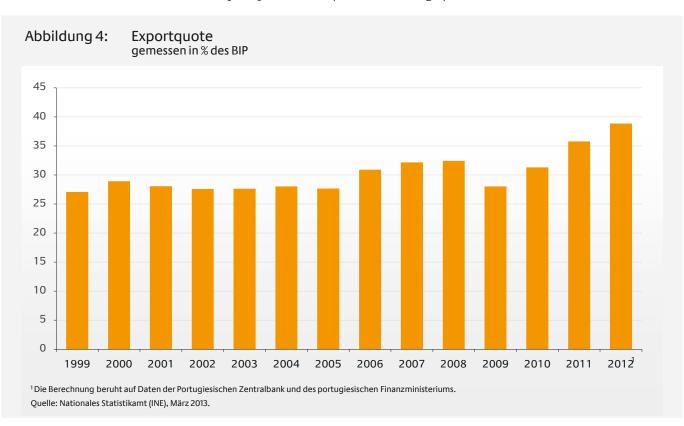
In den Jahren 2011 und 2012 wurden auf dem Arbeitsmarkt und den Gütermärkten sowie im Justizwesen weitreichende Reformen durchgeführt. Durch die 2012 verabschiedete Neufassung des Arbeitsgesetzbuchs konnte die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöht

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

werden. Auf dem Produktmarkt wurden mit der Senkung der Entgelte in netzgebundenen und geschützten Wirtschaftszweigen sowie der Liberalisierung des Energie- und Gasmarkts bedeutende Fortschritte erzielt. Zu den Reformen im Justizwesen zählen der beträchtliche Abbau des Verfahrensrückstands, die Überarbeitung von Rechtsvorschriften mit dem Ziel der Vereinfachung von Verfahren sowie die Schaffung neuer Umschuldungs- beziehungsweise Sanierungsmöglichkeiten für überschuldete Privathaushalte und Unternehmen.

Das Aushängeschild der portugiesischen Strukturreformen ist das Privatisierungsprogramm. Ungefähr nach der Hälfte des Anpassungsprogramms sind durch die Privatisierung der Energiekonzerne EDP und REN sowie des Flughafenbetreibers ANA in etwa bereits die Einnahmen erzielt worden, die für das gesamte Programm geplant waren. Der Privatisierungsprozess macht deutlich, dass Portugal eine offene, wettbewerbsfähige Volkswirtschaft ist, die gute Investitions- und Innovationsmöglichkeiten bietet.

Die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit schlägt sich inzwischen auch in einem Aufwärtstrend bei der Exportquote nieder (siehe Abbildung 4).



Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

## 4 Verbesserung der finanziellen Bedingungen

#### 4.1 Vollständige Rückkehr auf die Anleihemärkte

Durch die erfolgreiche Erfüllung der Programmauflagen ist es Portugal gelungen, Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufzubauen. Dies ist für die Wiedererlangung des vollständigen Zugangs zu den Anleihemärkten von entscheidender Bedeutung. Nach einem erfolgreichen Anleihenumtauschangebot im Oktober 2012, mit dem der gesamte Finanzierungsbedarf für 2013 gedeckt werden konnte, hat Portugal im Januar 2013 eine Anleihe mit 5-jähriger Laufzeit ausgegeben. Damit hat die Republik die Rückkehr auf die internationalen Anleihemärkte geschafft. Günstige Entwicklungen im Euroraum Ende 2012 haben dabei eine wichtige Rolle gespielt: das Anleihenaufkaufprogramm der Europäischen Zentralbank, die Aussicht auf eine Bankenunion und die Bewilligung von Finanzhilfen für Griechenland und Spanien. Allerdings verbessern sich die Finanzierungsbedingungen bereits seit Februar 2012 stetig (siehe Abbildung 5). Die Fortschritte bei der Korrektur der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte und strukturellen Hemmnisse haben ganz eindeutig maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Abbildung 5: Zinsen auf 10-jährige Staatsanleihen, April 2011 bis Januar 2013 Zinsdifferenz zu Deutschland in Prozentpunkten 16 14 12 10 8 6 4 n Jul.11 Mai. 12 Jan. 13 Dez. Mai. Nov. an. Ë. Irland Italien Portugal Spanien Anmerkung zur Zinsfälligkeit in Irland: 1. Januar 2008 bis 11. Oktober 2011: 10-jährige Anleihen; 12. Oktober 2011 bis 3. Januar 2013: 9-jährige Anleihen; 4. Januar 2013 bis 31. Januar 2013: 8-jährige Anleihen. Quelle: Bloomberg, Februar 2013.

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

#### 4.2 Mehr Kreditvergaben, niedrigere Kreditkosten

Ich bin der Überzeugung, dass die Entwicklungen in der portugiesischen Wirtschaft sowohl in Boom- als auch in Krisenzeiten überwiegend auf finanzielle Faktoren zurückzuführen waren. Ebenso habe ich den Eindruck, dass in diesem Zusammenhang eine erhebliche zeitliche Verzögerung auftritt, die sich nicht leugnen lässt. So hat es über ein Jahr gedauert, bis die Auswirkungen des plötzlichen Wegfalls von Krediten Anfang 2011 in der portugiesischen Wirtschaft vollständig spürbar wurden. Auch bei der in letzter Zeit zu verzeichnenden Verbesserung der Finanzierungsbedingungen wird es eine Weile dauern, bis diese sich vollständig in der Investitions- und Wirtschaftstätigkeit niederschlägt.

Seit Anfang 2013 nehmen die Kreditvergaben an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zu. Gleichzeitig verringert sich seit der Rekapitalisierung der portugiesischen Banken Mitte 2012 bei neu vergebenen Krediten die Differenz zu den Einlagenzinsen. Darüber hinaus ist den neuesten Erhebungen von Banken zu entnehmen, dass die Kreditnachfrage seitens kleiner und mittelständischer Unternehmen 2012 gestiegen ist. Somit ist sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Ein Aufwärtstrend lässt sich auch bei Schuldtiteln beobachten, vor allem in Bezug auf größere Unternehmen. Insbesondere die Zinsen auf den Kapitalmärkten pendeln sich langsam wieder auf einem günstigen Niveau ein, und zahlreiche Unternehmen geben Anleihen für Kleinanleger aus. Gleichzeitig war 2012 das Jahr der Rückkehr der portugiesischen Banken auf den Markt. Seit Anfang 2010 war portugiesischen Finanzinstituten der Zugang zum Markt verwehrt gewesen.

Eine bessere Verfügbarkeit von Krediten ist für die Erholung im Bereich privater Investitionen unverzichtbar. Und private Investitionen wiederum markieren den Beginn eines Konjunkturaufschwungs.

#### 4.3 Vor uns liegende Aufgaben

Auch wenn Portugal weiterhin seine Strategie zur vollständigen Rückkehr auf den Anleihemarkt verfolgt und es in der Wirtschaft gewisse Anzeichen für eine Erholung im Kreditgeschäft gibt, dürfen wir nicht vergessen, dass noch weitere Aufgaben vor uns liegen. Insbesondere müssen wir darauf hinwirken, dass verbesserte Konditionen bei der Interbankenfinanzierung schneller zu einer Anpassung auch der Kreditkonditionen für auf Banken angewiesene Unternehmen führen. Den ersten Schritt in diesem Prozess stellt die Anpassung der Zinsen für Staatsanleihen dar, die zurzeit der beste Maßstab für die Finanzierungsbedingungen in der Wirtschaft als Ganzes sind.

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

#### 5 Fazit

Wie die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeigt, führt ein Nachfrageüberhang nicht zu nachhaltigem Wachstum. Die Annahme, dass die Entwicklungen in den Jahren 2008, 2009 und 2010 auf einen Nachfragemangel zurückzuführen waren, hatte eine expansive Finanzpolitik ausgelöst. Diese Fehleinschätzung hat sich als verhängnisvoll erwiesen, da sie letztlich zu einem plötzlichen Wegfall der internationalen Privatfinanzierung führte.

Insgesamt ist inzwischen deutlich geworden, dass Portugal seine Institutionen nicht ausreichend auf die Anforderungen einer Mitgliedschaft im Euroraum vorbereitet hat. Die besseren Finanzierungsbedingungen hätten eine echte Angleichung an die Kernländer der Europäischen Union bewirken müssen. Stattdessen waren umfangreiche gesamtwirtschaftliche und finanzielle Ungleichgewichte das Ergebnis. Dadurch, dass ihre Korrektur immer weiter aufgeschoben wurde, haben sich Schwachstellen entwickelt, die im Zusammenhang mit der weltweiten Krise offenkundig wurden. Im April 2011 gab es schließlich keine andere Möglichkeit mehr, als internationale Finanzhilfen zu beantragen. Zu diesem Zeitpunkt war eine Anpassung bereits nicht mehr nur dringend, sondern unumgänglich.

In den frühen Phasen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms lag der Schwerpunkt auf der Korrektur der drängendsten Ungleichgewichte. Oberste Priorität hatte die Haushaltskonsolidierung, da sich darüber auf internationaler Ebene Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufbauen und die langjährige Kette von Leistungsbilanzdefiziten unterbrechen ließen. Wichtige Fortschritte wurden auch in den beiden anderen Teilbereichen des Programms erzielt. Im Finanzsektor bestand das Hauptziel darin, die Stabilität im Bankensystem zu erhalten. Im Hinblick auf den Strukturwandel wurden die wichtigsten Reformen eingeleitet und das Privatisierungsprogramm auf den Weg gebracht. Nach der Hälfte des Programms sind bereits Fortschritte zu verzeichnen. Da 2012 das Gleichgewicht zwischen Binnennachfrage und Inlandsangebot wiederhergestellt wurde, kann nun eine neue Phase des Anpassungsprozesses beginnen. Wichtig ist jetzt, den Übergang zum Wirtschaftsaufschwung im Blick zu behalten, um das Programm erfolgreich abzuschließen. Zuallererst müssen wir den Weg für nachhaltiges Wachstum ebnen, damit in großem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Anpassung fordert in Portugal einen hohen sozialen Tribut. Dies wird am Anstieg der Arbeitslosenquote deutlich, der erheblich über den ursprünglichen Prognosen liegt. Nach den anfänglichen Zahlen vom Mai 2011 sollte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2011 bei 12,1% und im Jahr 2012 bei 13,4% liegen, bereits 2013 sollte ein Rückgang einsetzen. Tatsächlich

Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland

jedoch betrug die Arbeitslosenquote 2012 durchschnittlich 15,7%. Im 4. Quartal des Jahres waren 923.000 Personen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote erreichte einen neuen Rekordstand von 16,9%.

Die Arbeitslosigkeit ist in Portugal das drängendste Problem.
Ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind dramatisch. Oberste Priorität in dieser neuen Phase des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms hat daher die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für private Investitionen, damit diese einen Beitrag zum Wachstum leisten können. Nur durch wertschaffende Investitionen lassen sich ein Wirtschaftsaufschwung erzielen und darüber neue Arbeitsplätze schaffen. Dies ist wiederum die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und eine erfolgreiche Anpassung im Euroraum. Auf diese Weise kann der Grundstein für eine offene, stabile und wettbewerbsfähige portugiesische Wirtschaft gelegt werden.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

# Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und die Finanzplanung bis zum Jahr 2017

# Die Konsolidierung des Bundeshaushalts schreitet voran

- Die Bundesregierung setzt mit den Eckwerten zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und die Finanzplanung bis 2017 den wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fort.
- Die nach wie vor gute Einnahmesituation und die gleichzeitige strikte Ausgabendisziplin führen zu einer deutlichen Rückführung der Nettokreditaufnahme. Der Eckwertebeschluss sieht ab 2014 einen Verzicht auf jegliche strukturelle Neuverschuldung vor. Die ab 2016 geltende Regelobergrenze des Artikels 115 Grundgesetz von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts wird damit nicht nur eingehalten, sondern klar unterschritten. Mit einer Neuverschuldung von 6,4 Mrd. € wird der niedrigste Stand seit 40 Jahren erreicht.
- Ab 2015 schreibt der Bundeshaushalt "eine schwarze Null" kommt also gänzlich ohne Einnahmen aus neuen Krediten aus. Ab 2016 erzielt der Bund sogar Überschüsse.
- Nach dem Eckwertebeschluss werden die Ausgaben des Bundes im nächsten Jahr rund 296,9 Mrd. € betragen und damit das Soll des laufenden Jahres um rund 5,1 Mrd. € unterschreiten. In den nächsten Jahren werden die Ausgaben nur moderat ansteigen.

1	Einleitung	17
	Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Ausgangslage	
3	Haushaltspolitischer Kurs im Rahmen der Schuldenregel	19
4	Wie geht die Haushaltsaufstellung weiter?	22

## 1 Einleitung

Die Bundesregierung hat am 13. März 2013 die Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 und der Finanzplanung bis zum Jahr 2017 beschlossen. Mit dem Eckwertebeschluss legt das Bundeskabinett im Vorfeld des weiteren regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens verbindliche Einnahme- und Ausgabevolumina sowohl für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 als auch für den Finanzplan bis zum Jahr 2017 fest. Zudem werden für bestimmte wesentliche Einnahmen- und Ausgabenbereiche darüber hinausgehende verbindliche Festlegungen für

das weitere Aufstellungsverfahren getroffen. Diese Vorgaben erfolgen – mit Ausnahme der in § 28 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung genannten Institutionen – für alle Einzelpläne.

# 2 Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Ausgangslage

#### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft erwies sich trotz der konjunkturellen Schwäche im Euroraum im Jahr 2012 als robust. Sie ist 2012 das dritte Jahr in Folge gewachsen, wenngleich die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

mit preisbereinigt 0,7% spürbar geringer ausfiel als in den beiden Jahren zuvor. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Konjunktur im Jahresverlauf zunehmend abschwächte und das BIP im Schlussquartal 2012 deutlich zurückging.

Nach der von den meisten Konjunkturbeobachtern erwarteten "Konjunkturdelle" im Winterhalbjahr 2012/2013 dürfte die deutsche Wirtschaft im Verlauf dieses Jahres wieder spürbar an Schwung gewinnen. Insgesamt rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einem realen Anstieg des BIP für den Jahresdurchschnitt 2013 von 0,4%.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in diesem Jahr mit 15 000 Personen noch leicht zunehmen. Gleichzeitig dürfte die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich geringfügig auf 2,96 Millionen Personen ansteigen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,0 %.

Im Rahmen der Jahresprojektion 2013 geht die Bundesregierung von einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung auch im Jahr 2014 aus. Dabei wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate mit real 1,6 % wieder deutlich höher ausfallen. Die Zahl der Beschäftigten wird sich dabei jahresdurchschnittlich um rund 80 000 Personen gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Für den weiteren Zeitraum bis zum Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein jahresdurchschnittliches Wachstum des BIP in Höhe von real 1½% pro Jahr. Diese positiven Wachstumserwartungen werden nach Einschätzung der Bundesregierung auch zu einer weiteren Entspannung am Arbeitsmarkt führen. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2017 voraussichtlich auf ein Niveau von rund 2,8 Millionen Personen sinken. Auch die strukturelle Arbeitslosigkeit wird im Projektionszeitraum weiter abgebaut.

#### Vollzug des Bundeshaushalts 2012

Der Bundeshaushalt 2012 hat mit einer Nettokreditaufnahme von 22,5 Mrd. € abgeschlossen und damit den mit dem Zweiten Nachtrag zum Bundeshaushalt 2012 beschlossenen Sollansatz um 5,6 Mrd. € unterschritten. Diese Entwicklung ist vor allem auf Steuermehreinnahmen und auf Ausgabenentlastungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Zinsen und Gewährleistungen zurückzuführen.

Das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts lag mit 0,31 % des BIP erstmals auch im Haushaltsvollzug unterhalb der erst ab 2016 geltenden Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung nach Artikel 115 des Grundgesetzes. Damit wurde die reguläre Obergrenze schon im zweiten Jahr der Anwendung der Schuldenregel eingehalten. Die strukturelle Nettokreditaufnahme fiel auch deutlich geringer als im Jahr 2011 aus; damals betrug diese noch 0,85 % des BIP. Beides verdeutlicht den Konsolidierungserfolg der Bundesregierung.

Die Ausgaben des Bundes lagen im vergangenen Jahr bei 306,8 Mrd. € und damit um rund 4,8 Mrd. € unterhalb des veranschlagten Sollwertes. Bereinigt um die zusätzlichen Belastungen aufgrund der Beiträge Deutschlands an den Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie der Einzahlungen an die Europäische Investitionsbank zur Überwindung der Schuldenkrise in Höhe von insgesamt rund 10,3 Mrd. € liegen die Ausgaben sogar auf dem Niveau des Jahres 2011. Gleichzeitig erreichten die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr mit 256.1 Mrd. € erneut einen historischen Höchststand. Diese Entwicklung wurde u.a. begünstigt durch gegenüber den Planansätzen um 1,7 Mrd. € niedrigere Eigenmittelabführungen an den EU-Haushalt.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

Tabelle 1: Eckwerte des Regierungsentwurfs Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017

	Soll	Eckwerte		Finanzplan	
	2013	2014	2015	2016	2017
			in Mrd. €		
Ausgaben	302,0	296,9	299,2	303,4	308,7
Veränderung ggü. Vorjahr in %	- 1,6	-1,7	+0,8	+1,4	+1,7
Jahresdurchschnittliche Veränderung 2013 bis 2017 in %			+0,54		
Einnahmen					
Steuereinnahmen	260,6	269,0	278,4	287,5	297,1
Sonstige Einnahmen	24,3	21,5	20,8	20,9	20,9
Nettokreditaufnahme	17,1	6,4	-	-	-
Überschuss	-	-	-	5,0	9,4
Strukturelles Defizit in % des BIP	0,34	0,00	-0,06	-0,20	-0,31

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# 3 Haushaltspolitischer Kurs im Rahmen der Schuldenregel

Die Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 und dem Finanzplan bis zum Jahr 2017 sind in Tabelle 1 zu sehen.

# Bundeshaushalt ab 2014 strukturell ausgeglichen

Bereits im Haushaltsvollzug 2012 und im Soll 2013 hat der Bund die ab dem Jahr 2016 geltende Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung (0,35 % des BIP) unterschritten. An diesen Erfolg knüpft die Bundesregierung nun an und schreibt den erfolgreichen Konsolidierungskurs fort. Der Eckwerteentwurf sieht dementsprechend ab dem Jahr 2014 einen Verzicht auf jegliche strukturelle Neuverschuldung vor. Ab dem Jahr 2016 erzielt der Bund sogar strukturelle Überschüsse. Somit wird er die ab dem Jahr 2016 geltende Obergrenze nicht nur bereits vier Jahre früher einhalten, sondern sie sogar deutlich unterschreiten.

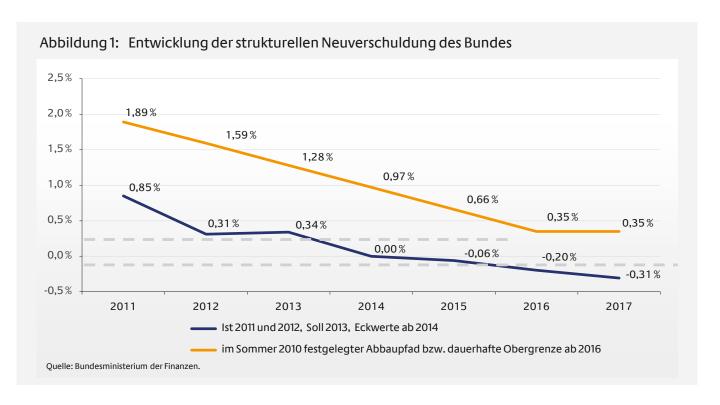
Dieser Kurs wird von den die Bundesregierung tragenden Parteien gestützt. Der Koalitionsausschuss hatte am 4. November 2012 beschlossen, ab 2014 einen Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit aufzustellen.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der strukturellen Neuverschuldung, indem sie den im Sommer 2010 festgelegten Abbaupfad für die Neuverschuldung mit dem jeweiligen Ist beziehungsweise Soll des Jahres vergleicht.

Insgesamt sinkt die Neuverschuldung des Bundes erneut deutlich: Die bislang im Finanzplan für 2014 geplante
Nettokreditaufnahme in Höhe von
13,1 Mrd. € wird nahezu halbiert. Dies ist zugleich die niedrigste Neuverschuldung im Bundeshaushalt seit 40 Jahren. Mit einer Neuverschuldung in Höhe von 6,4 Mrd. € gelingt der strukturelle Haushaltsausgleich. Die verbleibende Nettokreditaufnahme spiegelt lediglich den konjunkturellen Verschuldungsspielraum sowie den Saldo der finanziellen Transaktionen wider.

Wenn das gesamtwirtschaftliche Umfeld stabil bleibt, wird der Bundeshaushalt bereits ab 2015 – ein Jahr früher als bislang geplant – ohne Neuverschuldung auskommen. 2016

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017



erhöhen sich die geplanten Überschüsse im Vergleich zum Finanzplan um rund 4 Mrd. € und betragen nun rund 5 Mrd. €. 2017 steigen die Überschüsse des Bundes auf rund 9,4 Mrd. € an. Mit diesen Überschüssen kann der Bund in die Schuldentilgung einsteigen. Mit dem Eckwerteentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2017 erreicht die Bundesregierung somit einen bedeutenden finanzpolitischen Meilenstein. Zudem zieht die Bundesregierung damit die richtigen Lehren aus der europäischen Schuldenkrise. Es ist ein Gebot der Vernunft und entspricht dem Vorsorgeprinzip, die rechtlich zulässige Obergrenze der Neuverschuldung so weit wie möglich zu unterschreiten. Der Bund wird mit diesem Eckwertebeschluss seiner Vorbildrolle in Europa und seiner Funktion als Stabilitätsanker eindrucksvoll gerecht.

#### Einnahmenentwicklung

Zur Vorbereitung des Eckwertebeschlusses hat das BMF für die Jahre 2013 bis 2017 eine Aktualisierung der mittelfristigen Steuerschätzung von Oktober 2012 vorgenommen. Diese Aktualisierung basiert auf der gesamtwirtschaftlichen Mittelfristprojektion der Bundesregierung, die im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2013 erstellt wurde, dem Ist-Ergebnis für das Jahr 2012 und der Einbeziehung von Steuerrechtsänderungen.

In den Steuerrechtsänderungen schlagen sich im Wesentlichen die finanziellen Auswirkungen der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zum Gesetzentwurf zum Abbau der Kalten Progression sowie zur Besteuerung von Streubesitzdividenden aus dem EuGH-Urteil vom 20. Oktober 2011 nieder. Im Jahr 2014 sind noch keine Einnahmen aus der Finanztransaktionsteuer berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden die deutschen EU-Abführungen an die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013 angepasst.

Im Ergebnis liegen die Steuereinahmen im Jahr 2014 auf dem Niveau des geltenden Finanzplans. Im Jahr 2015 ergeben sich gegenüber dem geltenden Finanzplan Steuermehreinnahmen, denen im Folgejahr Mindereinnahmen gegenüberstehen.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

#### Ausgabenentwicklung

Nach dem Eckwertebeschluss werden die Ausgaben des Bundes im nächsten Jahr rund 296,9 Mrd. € betragen und damit das Soll des Jahres 2013 um rund 5,1 Mrd. € unterschreiten. Damit unterschreiten die Ausgaben erstmals seit 2008 bereits bei der Haushaltsaufstellung die Grenze von 300 Mrd. €. Auch in den Finanzplanjahren gelingt es, den Aufwuchs der Ausgaben moderat zu gestalten. Jahresdurchschnittlich ergibt sich eine Wachstumsrate von nur rund 0,5 %. Diese liegt erneut deutlich unterhalb der realen Wachstumsrate des BIP.

Mit dem Eckwertebeschluss setzt die Bundesregierung nicht nur ihren Konsolidierungskurs konsequent fort, sondern stärkt zugleich Zukunftsausgaben. Tabelle 2

Tabelle 2: Ausgabenplafonds der Bundesministerien und weiterer Einzelpläne gemäß dem Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014

		Soll	Eckwerte	Veränderung ggü. Vorjahı	
		2013	2014		
		in M	io.€	in%	
01 Bunc	despräsident und Bundespräsidialamt <sup>1</sup>	32,45	32,76	+0,9	
02 Deut	tscher Bundestag <sup>1</sup>	731,45	742,35	+1,5	
03 Bunc	desrat <sup>1</sup>	22,81	23,00	+0,8	
04 Bunc	deskanzlerin und Bundeskanzleramt	2 053,53	1 947,61	- 5,2	
05 Ausw	värtiges Amt	3 485,81	3 366,48	-3,4	
06 Bund	desministerium des Innern	5 850,54	5 760,67	- 1,5	
07 Bunc	desministerium der Justiz	606,84	608,41	+0,3	
08 Bunc	desministerium der Finanzen	5 018,41	5 003,19	- 0,3	
	desministerium für Wirtschaft Technologie	6 119,16	6 108,50	- 0,2	
	desministerium für Ernährung, Iwirtschaft und Verbraucherschutz	5 269,18	5 254,36	- 0,3	
11 Bunc	desministerium für Arbeit und Soziales	119 229,13	121 537,90	+ 1,9	
	desministerium für Verkehr, Bau und Itentwicklung	26 410,98	25 434,89	- 3,7	
14 Bunc	desministerium der Verteidigung	33 258,10	32 835,68	- 1,3	
15 Bunc	des ministerium für Gesundheit	11 986,86	11 090,64	- 7,5	
	desministerium für Umwelt, Naturschutz Reaktorsicherheit	1 644,10	1 814,80	+10,4	
	desministerium für Familie, Senioren, en und Jugend	6 881,75	7 626,28	+ 10,8	
19 Bunc	desverfassungsgericht <sup>1</sup>	45,13	35,33	- 21,7	
20 Bunc	desrechnungshof <sup>1</sup>	132,85	136,63	+2,8	
	desministerium für wirtschaftliche ammenarbeit und Entwicklung	6 296,44	6 282,30	- 0,2	
30 Bunc	desministerium für Bildung und Forschung	13 740,35	13 804,46	+0,5	
32 Bunc	desschuld	32 983,27	32 084,41	- 2,7	
60 Allge	emeine Finanzverwaltung	20 200,84	15 378,36	- 23,9	
Insa	esamt	302 000,00	296 928,98		

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20 sind nicht Gegenstand des Eckwertebeschlusses.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

gibt einen Überblick über die Ausgabeansätze für die einzelnen Ressorts.

Der Zukunftsbereich Bildung und Forschung bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung. Allein in dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung zusätzliche Mittel in Höhe von rund 13,3 Mrd. € für die Bereiche Bildung und Forschung bereitgestellt. Damit wird das zu Beginn der Legislaturperiode gesetzte Ziel, 12 Mrd. € zusätzlich zu investieren, deutlich übertroffen. Auch im Jahr 2014 werden die Ausgaben für diesen Bereich auf sehr hohem Niveau fortgeführt. Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird im Vergleich zum geltenden Finanzplan um rund 300 Mio. € aufgestockt.

Im Bereich Verkehr werden zum Erhalt und weiteren Ausbau des Netzes der "klassischen" Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße sowie für den Kombinierten Verkehr die Investitionsmittel auf einem Niveau von 10 Mrd. € jährlich verstetigt.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit bildet weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt. So wird u. a. das hohe Ausgabenniveau des Einzelplans des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus dem Jahr 2013 mit knapp 6,3 Mrd. € für das Jahr 2014 fortgeschrieben. Gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan entspricht dies einem Aufwuchs in Höhe von rund 260 Mio. €. Aufgrund von internationalen Zusagen werden im Einzelplan des Auswärtigen Amtes darüber hinaus zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 140 Mio. € für die Afghanistanhilfe und für Transformationspartnerschaften Nordafrika/ Nahost bereitgestellt.

Vor dem Hintergrund der ausstehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene zur Reform des Emissionshandels sind im Eckwertebeschluss noch keine detaillierten Eckwerte des Wirtschaftsplans des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" (EKF) für die Haushaltsjahre 2014 bis 2017 berücksichtigt. Das BMF wird bis zum 7. Juni 2013 mit den beteiligten Ressorts den Entwurf eines nach Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Wirtschaftsplans 2014 aufstellen und die Finanzplanung des Energieund Klimafonds für die Jahre 2015 bis 2017 vorlegen.

# 4 Wie geht die Haushaltsaufstellung weiter?

Aufbauend auf dem geltenden
Finanzplan wurden die Eckwerte für die
Einzelpläne unter Berücksichtigung der
aktuellen Wirtschaftsdaten, politischer
Schwerpunktsetzungen und gegebenenfalls
neuer rechtlicher Rahmenbedingungen
mit Augenmaß und dem Blick für das
Wesentliche weiterentwickelt. Im Ergebnis
leiten sich daraus die in Tabelle 2 dargestellten
Einzelplanplafonds ab, die für die weitere
Haushaltsaufstellung maßgeblich sein werden.

Gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass der Eckwertebeschluss keinesfalls ein starres Korsett für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und den Finanzplan bis 2017 darstellt, sondern sich im weiteren Verfahren der Haushaltsaufstellung noch Veränderungen ergeben können. Die Ergebnisse der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung und der Rentenschätzung Ende April sowie des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 6. bis 8. Mai 2013 können zu haushaltsrelevanten Veränderungen führen. Im weiteren Aufstellungsverfahren werden solche Veränderungen nachvollzogen. Gleiches gilt sowohl für die im Eckwertebeschluss aufgeführten Ansätze für gesetzliche Leistungen als auch für dort genannte rechtliche Verpflichtungen, sofern sich zwischenzeitlich Änderungen der Berechnungsgrundlagen ergeben sollten.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF FÜR DEN BUNDESHAUSHALT 2014 UND DIE FINANZPLANUNG BIS ZUM JAHR 2017

Mithin geben die Einzelplanplafonds den Bundesministerien für die anstehenden Haushaltsverhandlungen die notwendige Planungssicherheit.

Aufgrund der in § 28 Absatz 3
Bundeshaushaltsordnung angelegten
Sonderstellung der Verfassungsorgane
sowie des Bundesrechnungshofes wurden
diese Institutionen im Eckwertebeschluss –
nachrichtlich – mit ihren jeweiligen
Finanzplanansätzen berücksichtigt.
Für 2017 wurden die Finanzplanansätze des
Jahres 2016 übernommen. Im zweiten Teil des
regierungsinternen Aufstellungsverfahrens
wird das BMF mit den Verfassungsressorts
sowie dem Bundesrechnungshof
Verhandlungen aufnehmen.

Die technische Umsetzung des
Eckwertebeschlusses und die Aufstellung des
Wirtschaftsplans des EKF für das Jahr 2014
und des dazugehörigen Finanzplans sowie die
Gespräche zum Personalhaushalt zwischen
dem BMF und den Bundesministerien sollen bis
Anfang Juni 2013 abgeschlossen werden. Der
Kabinettbeschluss zum Regierungsentwurf
des Bundeshaushaltsplans 2014 und zum
Finanzplan bis 2017 soll am 26. Juni 2013
erfolgen. Anschließend wird der
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014
an den Deutschen Bundestag zur
parlamentarischen Beratung überwiesen.

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

# Der Tragfähigkeitsbericht 2012 der EU-Kommission

- Im Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten haben die langfristigen Tragfähigkeitsrisiken abgenommen. Dennoch besteht in den meisten Ländern erheblicher Anpassungsbedarf.
- Substanzielle Reformen der Alterssicherungssysteme in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten haben deutlich dazu beigetragen, absehbare Probleme anzugehen.
- Aufgrund weitreichender Budgetkonsolidierung und Strukturreformen weist Deutschland ein geringes Tragfähigkeitsrisiko aus.
- Konsequente Haushaltskonsolidierung führt zu einer erheblichen Verringerung der Tragfähigkeitslücken. Das unterstreicht die Bedeutung der zügigen Umsetzung des Fiskalpakts.
- Zur langfristigen Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen tragen weitere Strukturreformen zur Ausweitung des Produktionspotenzials und zur Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme bei.

1	Einleitung	24
	Grundlagen der Bewertung	
	Das Konzept der Tragfähigkeitslücke ("Sustainability Gap")	
	Umfassende Risikobeurteilung	
	Ergebnisse des Berichts	
	Tragfähigkeitslücken in den Mitgliedstaaten der EU	
3.2	Die Ergebnisse für Deutschland	28
4	Schlussfolgerungen	28

# 1 Einleitung

Über die aktuellen Herausforderungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise hinaus sind die öffentlichen Haushalte in Europa massiv mit den fiskalischen Folgen der demografischen Entwicklung konfrontiert. Mittel- bis langfristig wird der Druck auf die öffentlichen Finanzen aus den Veränderungen in der Altersstruktur betroffener Gesellschaften deutlich zunehmen. Um geeignete Vorsorge für kommende Generationen zu treffen, ist es notwendig, sich ein umfassendes Bild von den fiskalischen Langfristperspektiven zu machen und auf dieser Grundlage eine strategische

Antwort auf diese Herausforderungen zu geben. Eine wachstums- und zukunfts- orientierte Konsolidierungspolitik, d. h. der Zusammenklang von solider Haushaltspolitik, einem effizienten und vorausschauenden Mitteleinsatz sowie flankierenden strukturellen Reformen, versetzten Deutschland und Europa in die Lage, die Herausforderungen des demografischen Wandels rechtzeitig anzugehen.

Vor diesem Hintergrund analysiert die EU-Kommission in regelmäßigen Abständen die fiskalische Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in den EU-Mitgliedstaaten. Mit dem am 18. Dezember 2012 im Rahmen des Europäischen Semesters vorgestellten

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

aktuellen Bericht¹ untersucht die EU-Kommission die budgetären Auswirkungen des demografischen Wandels in der langen Frist (bis 2060). Der Bericht nimmt – neu – auch mittelfristige Tragfähigkeitsrisiken (bis 2030) und Kurzfristrisiken, den sogenannten Fiscal Stress infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, in den Blick. Die Projektionen der sich langfristig abzeichnenden Entwicklungen sind fester Bestandteil der haushaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN). Zuletzt war der "Fiscal Sustainability Report" im Jahr 2009 erschienen.

Der ECOFIN-Rat hat sich am 12. Februar 2013 mit dem Tragfähigkeitsbericht befasst und begrüßt in seinen Schlussfolgerungen die Tatsache, dass die nachhaltigkeitswirksamen Strukturreformen, insbesondere im Rentensektor, sich ausgezahlt und die alterungsbedingten Kosten deutlich gesenkt haben.

Gleichzeitig weist der ECOFIN auf die kurzfristigen Risiken für einige EU-Mitgliedstaaten in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und die weiterhin bestehenden substanziellen demografiebedingten Belastungen für die öffentlichen Haushalte hin. Für Deutschland zeichnet die aktuelle Analyse eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu den Ergebnissen des letzten Berichts im Jahr 2009, wobei noch erhebliche fiskalische Herausforderungen in der langen Frist bestehen. Der Bericht deckt sich damit im Trend mit den Ergebnissen der nationalen Tragfähigkeitsberichterstattung durch das BMF, die mittels einer vergleichbaren Methodik regelmäßig - einmal pro Legislaturperiode - die Risiken für die

<sup>1</sup>Siehe http://ec.europa.eu/economy\_finance/publications/european\_economy/2012/fiscalsustainability-report\_en.htm.

fiskalische Tragfähigkeit für Deutschland identifiziert.<sup>2</sup>

### 2 Grundlagen der Bewertung

Die EU-Kommission legt ihren Projektionen Annahmen zu den altersabhängigen Ausgaben in der EU zwischen 2010 und 2060 zugrunde. Diese werden im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der EU erarbeitet und vom ECOFIN-Rat gebilligt. Im Mittelpunkt stehen die langfristigen Entwicklungslinien für diejenigen Kategorien staatlicher Ausgaben, die von Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung typischerweise stark beeinflusst werden. Explizit betrachtet werden die potenziellen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege; dazu die Bildungsausgaben oder etwa die Entwicklung der Lohnersatzleistungen als Folge von Änderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit. Auf Grundlage dieses Datengerüsts werden im Bericht Tragfähigkeitslücken berechnet, die angeben, in welchem Umfang staatliche Ausgaben zu kürzen, respektive Einnahmen zu erhöhen wären, um langfristig tragfähige Finanzen zu erreichen.

#### 2.1 Das Konzept der Tragfähigkeitslücke ("Sustainability Gap")

Der Bericht operationalisiert auf Grundlage dieses Datengerüsts ein Tragfähigkeitsziel und quantifiziert erforderliche Budgetkorrekturen in Gestalt von kurz-, mittel- und langfristigen Risiken.

<sup>2</sup>Der dritte Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums ist im Jahr 2011 erschienen. Siehe http://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\_ Finanzen/Tragfaehige\_Staatsfinanzen/2011-10-19-3-tragf%C3%A4higkeitsbericht-anlage.pdf?\_\_ blob=publicationFile&v=3.

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

Für die Langfrist-Betrachtung, abgebildet durch den Indikator S2, wird gefordert, dass der Staat seinen expliziten wie impliziten Verbindlichkeiten auf Dauer nachkommen kann. Das entspricht einer nachhaltigen Finanzpolitik im Verständnis der Einhaltung der intertemporalen Budgetbeschränkung des Staates bis 2060. Wird die Bedingung bei Einrechnung der budgetären Effekte der Bevölkerungsalterung - nicht erfüllt, entstehen Tragfähigkeitslücken. Sie beschreiben das Ausmaß der notwendigen jährlichen Anpassung des sogenannten Primärsaldos, also des Finanzierungssaldos bereinigt um die Zinsbelastungen. Die Tragfähigkeitslücke kann über eine Verringerung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder über eine Steigerung der öffentlichen Einnahmen geschlossen werden. Hier spielen vor allem Strukturreformen eine Rolle, die die Demografie und das Wirtschaftswachstum betreffen, d. h. konkret Reformen in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege, aber auch produktivitätserhöhende Maßnahmen sowie Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten. Die EU-Kommission errechnet darüber hinaus, welcher Teil der Lücke schon in der gegenwärtigen Haushaltslage angelegt ist und welcher Teil erst im Laufe der Zeit über die Zunahme der alterungsbedingten Ausgaben entsteht.

Für die mittlere Frist (der neue S1-Indikator) wird untersucht, um wie viel der staatliche strukturelle Primärsaldo bis zum Jahr 2020 stetig angepasst werden müsste, damit im Jahr 2030 (mittelfristig) die Verschuldungsquote auf 60% des BIP, und damit auf den Maastricht-Referenzwert für die öffentliche Verschuldung, vermindert werden kann.

Die im Bericht neu vorgestellte Kurzfrist-Betrachtung soll akute Tragfähigkeitsrisiken und fiskalischen Stress frühzeitig identifizieren. In dieser Betrachtung erfolgt eine Einschätzung darüber, ob aus Problemen aus dem Finanzmarktbereich oder aus externen und internen makroökonomischen Ungleichgewichten Rückwirkungen auf die fiskalische Tragfähigkeit zu erwarten sind. Der so gebildete Indikator SO basiert damit auf einer Kombination von fiskalischen, Finanzmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren und greift u. a. die auf europäischer Ebene verankerte Überwachung im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichte-Verfahrens auf.

#### 2.2 Umfassende Risikobeurteilung

Die EU-Kommission beschränkt sich in ihrer Risikobeurteilung nicht auf die quantitative Analyse der Tragfähigkeitsindikatoren, sondern zieht für eine Gesamtwertung weitere Faktoren heran, die eine abgerundete Beurteilung – auch im Hinblick auf die Herkunft möglicher Risiken sowie länderbezogene Charakteristika – ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk wird etwa auf die Höhe der aktuellen Schuldenstandsquote gelegt, um die unterschiedliche Ausgangslage der EU-Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. So kann eine hohe Staatsverschuldung die Erzielung eines hohen Primärüberschusses aufgrund hoher Zinszahlungen maßgeblich erschweren. Ein weiterer wichtiger Faktor sind Strukturreformen: Beispielsweise könnte eine drastische Verringerung der Durchschnittsrenten mit Risiken für die öffentlichen Finanzen verbunden sein, wenn unzureichende Alterseinkünfte das Armutsrisiko erhöhen und sich früher oder später in steigenden Sozialausgaben niederschlagen (Problem der Adäquatheit). Derartige differenzierende Erwägungen lassen sich nicht mehr in einem mechanistisch abgeleiteten Indikator abbilden und fließen daher in die zusammenfassende Bewertung der Gefährdungslage ein. Die EU-Kommission untersucht außerdem, inwiefern eine frühzeitige, zu Beginn des Projektionszeitraums erfolgende Haushaltskonsolidierung die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erhöhen kann.

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

### 3 Ergebnisse des Berichts

Im Bericht der EU-Kommission werden die EU-Mitgliedstaaten auf Basis dieser Indikatoren hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in drei Risikokategorien ("high risk", "medium risk", "low risk") eingestuft.

# 3.1 Tragfähigkeitslücken in den Mitgliedstaaten der EU

Die langfristigen Tragfähigkeitslücken haben im Zeitraum 2009 bis 2012 im EU-Durchschnitt von 6,5 % auf 2,7 % des BIP abgenommen:
Dabei gibt es allerdings erhebliche länderspezifische Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Das Ergebnis setzt überdies eine vollständige Umsetzung der nationalen Konsolidierungspläne und der angekündigten Strukturreformen voraus.

Die langfristigen demografiebedingten Risiken bleiben insbesondere für Belgien, Luxemburg, Slowenien, die Slowakei und Zypern sowie mittelfristig für Spanien und Großbritannien substanziell. Dabei erkennt die EU-Kommission an, dass Reformen der Alterssicherungssysteme in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten – neben Deutschland auch in Estland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Polen – deutlich dazu beigetragen haben, aufziehenden Problemen zu begegnen (siehe Tabelle 1).

In einer EU-weiten Betrachtung müsste der strukturelle Primärsaldo um rund 1,8 % des BIP verbessert werden, um den Maastricht-Referenzwert für die Schuldenquote von  $60\,\%$  im Jahr 2030 zu erreichen (d. h. S1 für die EU-27 beträgt 1,8 %).

Um langfristig allen expliziten und impliziten Verbindlichkeiten nachzukommen und damit insbesondere auch die erst längerfristig zunehmenden Auswirkungen des demografischen Wandels aufzufangen, wäre eine noch weitergehende Anpassung um 2,1% des BIP bis zum Jahr 2060 erforderlich - dies zeigt der S2-Indikator an. Dabei sind zwischen den EU-Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede zu verzeichnen; je nach Ausgangssituation, Schuldenstand und altersbedingten Kosten (zur länderweisen Aufschlüsselung im Einzelnen siehe Tabelle 1). Bei Einhaltung der mittelfristigen Haushaltsziele würde es den Projektionen zufolge zu einer Reduktion der Schulden unter 60 % des BIP im Jahr 2030 kommen.

Eindeutig positiv ist die Entwicklung bei den kurzfristigen Risiken in den vergangenen Jahren: Diese haben in fast allen EU-Mitgliedstaaten abgenommen. Während 2009 noch in zwei Dritteln der EU-Mitgliedstaaten hohe kurzfristige Risiken bestanden, wird dies derzeit nur für Spanien und Zypern festgestellt.

Tabelle 1: Tragfähigkeitsrisiko

	Tragfähigkeitsrisiko					
	Niedrig	Mittel	Hoch			
S1 (mittlere Frist)	<b>Deutschland,</b> Ungarn, Dänemark, Estland, Lettland, Bulgarien, Rumänien, Schweden	Tschechien, Frankreich, Italien, Litauen, Malta, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Finnland	Belgien, Slowenien, Großbritannien, Zypern, Spanien			
S2 (lange Frist)	<b>Deutschland,</b> Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Ungarn, Polen, Schweden	Bulgarien, Dänemark, Tschechien, Litauen, Malta, Niederlande, Österreich, Rumänien, Finnland, Großbritannien, Spanien	Belgien, Luxemburg, Slowenien, Slowakei, Zypern			

Für Griechenland, Portugal und Irland werden keine Werte ausgewiesen, da diese im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme durch EU Kommission, EZB und IWF überwacht werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Darstellung auf Basis des Tragfähigkeitsberichts 2012 der EU-Kommission.

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

#### 3.2 Die Ergebnisse für Deutschland

Deutschland wird von der EU-Kommission im neuen Bericht als "low risk" eingeordnet, während im letzten Bericht im Jahr 2009 noch eine Einstufung als "medium risk" erfolgte. Für Deutschland müsste der staatliche Finanzierungssaldo (ohne Zinsausgaben) noch mäßig in einer Größenordnung von 1,4% des BIP verbessert werden, um die langfristige Tragfähigkeit zu untermauern. Der im EU-Vergleich (von 2,7% pro Jahr für EU-27) nur etwa halb so große Anpassungsbedarf in Deutschland bedeutet deshalb ein niedriges langfristiges Tragfähigkeitsrisiko.

Die deutliche Verbesserung der langfristigen Risiken um 2,9 Prozentpunkte gegenüber 4,2% im Jahr 2009 liegt vor allem in der deutlich besseren budgetären Ausgangssituation begründet, d. h. 1,9 Prozentpunkte oder rund zwei Drittel der Verbesserung sind darauf zurückzuführen. Gleichzeitig war eine Reduzierung demografiebedingter Haushaltsbelastungen im Umfang von 0,9 Prozentpunkten zu verzeichnen; das entspricht circa einem Drittel der Verbesserung.

In der mittleren Frist bis 2030 wird für Deutschland im "no-policy-change"-Szenario unter der Annahme einer Fortsetzung der gegenwärtigen Politik für den S1-Indikator ein Wert von - 0,3% pro Jahr ermittelt. Das bedeutet, dass Deutschland bei Weiterführung der Konsolidierungspolitik den Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP spätestens im Jahr 2030 klar unterschreiten wird. Für Deutschland bestätigt die EU-Kommission, dass es für den Kurzfristzeitraum seine Hausaufgaben macht. Fiskalische Herausforderungen stellen sich für Deutschland in der langen Frist, insbesondere für den im besonderen Maße demografiebestimmten Zeitraum ab 2030. Ausgehend vom Schuldenstand von 80,5 % des BIP im Jahr 2011 bekräftigt die EU-Kommission damit die konsequente Weiterführung der Konsolidierungslinie der Bundesregierung (Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels).

Im Deutschland-Teil des Berichts würdigt die EU-Kommission außerdem die Strukturreformen in den Bereichen Rente und Gesundheit. Sie mahnt gleichzeitig dazu, den begonnenen Reformprozess zur Steigerung der Effizienz und Qualität im Gesundheitswesen fortzusetzen. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenversicherung wird positiv hervorgehoben. Von den wettbewerbs- und effizienzsteigernden Strukturreformen der Finanzierungsstrukturen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie der Arzneimittelversorgung des Jahres 2011 gehen kurzfristig wie auch mittel- und langfristig erhebliche dämpfende Effekte auf die Ausgabenentwicklung aus. Die derzeit positive Finanzsituation in der GKV ist der Kommission zufolge bereits jetzt Ergebnis dieser Strukturreformen.

## 4 Schlussfolgerungen

Der ECOFIN-Rat begrüßt in seinen Schlussfolgerungen die Tatsache, dass sich in vielen EU-Mitgliedstaaten die nachhaltigkeitswirksamen Strukturreformen, insbesondere im Rentensektor, ausgezahlt und die alterungsbedingten Kosten deutlich gesenkt haben.

Gleichzeitig weist der ECOFIN auf die kurzfristigen Risiken für einige EU-Mitgliedstaaten infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und die weiterhin bestehenden substanziellen langfristigen demografiebedingten Belastungen für die öffentlichen Haushalte hin.

Diesen Herausforderungen könne nur durch ein umfangreiches Maßnahmenbündel begegnet werden, das in die Drei-Säulen-Strategie von entschiedenem Schuldenabbau, Produktivitätsund Beschäftigungserhöhung sowie Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Alterssicherung einzubetten sei.

Die strikte Einhaltung der budgetären Mittelfristziele und die Implementierung der

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

Fiskalregeln im Rahmen des Fiskalpakts ist aus Sicht der EU-Finanzminister zwingend erforderlich, um die öffentliche Verschuldung nachhaltig zu senken. Darüber hinaus wird die weitere Umsetzung der Europa 2020-Strategie als ein wesentlicher Faktor angesehen, um makroökonomische und Finanzmarkstabilität, nachhaltige Fiskalkonsolidierung und Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Um den finanzwirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels frühzeitig entgegenzuwirken, werden weitere

Reformen im Bereich Rente (u. a. Ausweitung der Lebensalterszeit und Anpassung der Rentenbezüge an die Lebenserwartung) gefordert, wobei die Adäquatheit des Rentenversorgungssystems gesichert sein müsse. Im Bereich des Gesundheitswesens sei ein effektiverer Mitteleinsatz zur Verbesserung der Qualität dieses Sektors (value for money) zentral.

Die Analyse der EU-Kommission zeigt damit, dass die derzeit insbesondere im Euroraum

Tabelle 2: Schuldenstandsquoten, mittel- und langfristige Tragfähigkeitslücken

	Schulden/BIP in%		Struktureller	Mittelfrist (S1)	<b>Langfrist (S2)</b> in % des BIP		
Staat	2011	2014	Primärsaldo in % des BIP	in % des BIP	2012		2009
					Lücke	davon Alterung	Lücke
Belgien	97,8	101,0	3,2	6,2	7,4	6,4	5,3
Bulgarien	16,3	18,3	1,8	-1,5	2,8	2,3	0,9
Tschechien	40,8	48,1	-2,6	1,3	5,5	3,8	7,4
Dänemark	46,6	45,3	3,6	-1,8	3,3	2,4	-0,2
Deutschland	80,5	78,4	1,1	-0,3	1,4	2,4	4,2
Estland	6,1	11,2	-0,8	-3,4	1,2	0,7	1,0
Spanien	69,3	97,1	-0,4	5,3	4,8	1,9	11,8
Frankreich	86,0	93,8	-1,3	1,9	1,6	0,9	5,6
Italien	120,7	126,5	1,8	0,6	-2,3	0,7	1,4
Zypern	71,1	102,7	-0,7	8,2	8,2	5,4	8,8
Lettland	42,2	44,9	-1,7	-2,0	-0,7	-1,5	9,9
Litauen	38,5	40,5	-1,7	0,3	4,7	3,8	7,1
Luxemburg	18,3	26,9	1,5	0,3	9,7	8,5	12,5
Ungarn	81,4	76,8	-1,1	-0,4	0,5	0,3	-0,1
Malta	70,9	72,7	-2,1	2,0	5,8	4,9	7,0
Niederlande	65,5	70,3	1,3	2,2	5,9	4,0	6,9
Österreich	72,4	75,1	1,0	2,6	4,1	3,6	4,7
Polen	56,4	56,1	-1,9	0,2	1,6	1,2	3,2
Rumänien	33,4	34,8	-1,4	-1,4	3,7	3,6	9,1
Slowenien	46,9	62,3	-1,5	3,2	7,6	6,6	12,2
Slowakei	43,3	55,9	-3,0	2,2	6,9	5,1	7,4
Finnland	49,0	55,0	4,0	2,0	5,8	4,9	4,0
Schweden	38,4	34,1	3,1	-3,4	2,0	3,0	1,6
Großbritannien	85,0	95,1	-1,3	5,0	5,2	2,6	12,4
EU-27	82,8	88,8	0,2	1,8	2,7	2,2	6,5
Euroraum	88,1	94,5	0,5	1,7	2,1	2,1	5,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen auf Basis des Tragfähigkeitsberichts 2012 der EU-Kommission.

DER TRAGFÄHIGKEITSBERICHT 2012 DER EU-KOMMISSION

betriebene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht aufgeschoben werden kann. Vielmehr werden die öffentlichen Haushalte in vielen Mitgliedstaaten durch die demografische Entwicklung absehbar zusätzlich belastet werden. Eine frühzeitige Konsolidierung ist erforderlich, um diese Belastungen abzufedern und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Fiskalpolitik ermöglicht eine Reduktion der derzeit zu hohen Schuldenstände auf gesunde Niveaus: Wenn alle EU-Mitgliedstaaten ihre Finanzpolitik strikt an den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausrichten,

würde es in der EU-weiten Betrachtung zu einer Reduktion der Schulden unter  $60\,\%$  des BIP im Jahr 2030 kommen.

Mit der wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik und geeigneten Weichenstellungen in den relevanten Politikbereichen setzt die Bundesregierung diese Vorgaben konsequent um. Die Erfolge dieser Politik lassen sich an den Ergebnissen des Tragfähigkeitsberichts der EU-Kommission eindeutig ablesen. Der nächste Tragfähigkeitsbericht ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

GESCHÄFTSSTATISTIK KRAFTFAHRZEUGSTEUER

# Geschäftsstatistik Kraftfahrzeugsteuer

# Ergebnisse der Geschäftsstatistik Pkw für das Jahr 2012

- Das Kraftfahrzeugsteueraufkommen der Personenkraftwagen (Pkw) veränderte sich gegenüber 2011 kaum und stieg nur geringfügig um rund 0,6 Mio. € auf 7,05 Mrd. €. Das Aufkommen aus den Pkw mit Dieselmotor ist dabei um rund 125,3 Mio. € angestiegen und das der mit Ottomotoren ausgerüsteten Pkw um rund 124,7 Mio. € gesunken.
- Im Ergebnis spiegelt sich auch der Rückgang des Bestandes an Pkw mit Erstzulassungen vor dem 1. Juli 2009 wider, die meist höhere Schadstoffemissionswerte aufweisen und höher besteuert werden als schadstoffarme Pkw.
- Infolge der seit 1. Juli 2009 in Kraft getretenen neuen Kraftfahrzeugsteuer veränderte sich das Aufkommen nur geringfügig. Mit Blick auf die nachhaltige Schonung von Klima und Umwelt wurde die Kraftfahrzeugsteuer fortentwickelt, und die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen durch die bei der Gestaltung der Kraftfahrzeugsteuertarife gesetzte Anreizwirkung deutlich gesenkt werden. Die Kraftfahrzeugsteuer ist für Pkw-Neuzulassungen seit dem 1. Juli 2009 an den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>-Wert laut Betriebserlaubnis) und den Hubraum gekoppelt.
- Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich der Bestand an Pkw mit umweltschonenderer Kraftfahrzeugtechnik deutlich erhöht hat. So stieg der Bestand an Euro-5- und Euro-6-Pkw auf über 7,5 Mio. Pkw. Das entspricht einem Anteil am Gesamtbestand von fast 18 %. Deutlich steigt bei den Neuzulassungen seit 2009 auch der Anteil der Pkw mit CO<sub>2</sub>-Werten bis 120 g/km.

1	Vorbemerkungen	31
	Gesamtergebnis der Geschäftsstatistik	
2	Entwicklung	33

## 1 Vorbemerkungen

Das Kraftfahrt-Bundesamt stellt keine auf die spezifischen kraftfahrzeugsteuerlichen Belange der Finanzverwaltung zugeschnittenen Informationen im Hinblick auf den steuerpflichtigen und steuerbefreiten Bestand zur Verfügung. Amtliche Angaben zu den Steuereinnahmen aus der Besteuerung der Fahrzeuge liegen nur für alle Fahrzeugarten insgesamt in der Kassenstatistik des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vor.

Darum wurde von Bund und Ländern 1988 beschlossen, Erhebungen über die aufkommensmäßigen Auswirkungen der kraftfahrzeugsteuerlichen Maßnahmen durchzuführen und nach einheitlichen Kriterien zu erfassen. Zum Stichtag 1. Juli wurden entsprechende Übersichten nach einem bundeseinheitlich festgelegten Muster von den Ländern erstellt und dem BMF zur Aufbereitung einer jährlichen Bundesstatistik zur Verfügung gestellt. Diese Statistik erfasst den Bestand an steuerpflichtigen Pkw getrennt nach Pkw mit Otto- und Dieselmotoren jeweils zur Jahresmitte untergliedert nach Schadstoffemissionsklassen (den sogenannten Euro-Normen) und seit 2009 für Neuzulassungen nach den Kohlendioxidemissionswerten.

Rechnerisch lässt sich somit das Soll-Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer für Pkw ermitteln. Die Differenz zwischen

GESCHÄFTSSTATISTIK KRAFTFAHRZEUGSTEUER

dem so ermittelten Soll-Aufkommen und dem tatsächlichen Kassenaufkommen liegt an Fahrzeugen mit besonderen Zweckbestimmungen, wie zum Beispiel den Wohnmobilen, die in der Geschäftsstatistik nicht getrennt erfasst werden. Außerdem wird das Aufkommen der zulassungspflichtigen Motorräder und Leichtkraftfahrzeuge sowie Nutzfahrzeuge und Anhänger nicht berücksichtigt. Daneben führen auch Kasseneffekte zum Beispiel bei Steuersatzerhöhungen zu Differenzen.

Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer stehen seit dem 1. Juli 2009 dem Bund zu. Die Steuer wird vom BMF verwaltet, das sich hierfür nach dem Finanzverwaltungsgesetz noch bis zum 30. Juni 2014 der Landesfinanzbehörden bedient. Ab 1. Juli 2014 ist die Bundesfinanzverwaltung (speziell die Zollverwaltung) für die Festsetzung und Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer zuständig.

## 2 Gesamtergebnis der Geschäftsstatistik

Der Anteil der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer für Pkw am Gesamtaufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer hat sich bei leicht gestiegenem Bestand seit 2007 leicht rückläufig entwickelt (vergleiche Tabelle 1).

Für eine ganze Reihe von Fahrzeugen werden gesetzliche Kraftfahrzeugsteuervergünstigungen gewährt. So wird zum Beispiel keine Kraftfahrzeugsteuer für Pkw erhoben, die zu bestimmten, im Allgemeininteresse liegenden Aufgaben verwendet werden (darunter Bundeswehr, Polizei-, Zoll- und Feuerwehrdienst, Krankentransport).

Fahrzeughalter, die wegen einer Schwerbehinderung beeinträchtigt sind, können unter gesetzlich geregelten Voraussetzungen auf Antrag eine vollständige Befreiung ihres Fahrzeugs von der Kraftfahrzeugsteuer oder 50 % Ermäßigung erhalten. Über die finanziellen Auswirkungen auch dieser Steuervergünstigung berichtet die Bundesregierung alle zwei Jahre im Rahmen des Subventionsberichts. Die rechnerischen jährlichen Steuermindereinnahmen betragen hier rund 130 Mio. €.

Pkw mit Dieselmotoren der Euro-6-Schadstoffklasse erhalten von 2011 bis 2013 eine Steuerbefreiung von insgesamt 150 €. Davon betroffen waren im Jahr 2012 nur 9 500 Pkw, da das Angebot solcher Fahrzeuge auf dem Markt noch gering ist.

Tabelle 1: Anteil der Kraftfahrzeugsteuer Pkw am Gesamtaufkommen

Jahr	Anzahl der Entwicklung		Kraftfal	Kraftfahrzeugsteuereinnahmen in Mio. €		
	steuerpflichtigen Pkw	gegenüber Vorjahr in %	bei Pkw zum 1. Juli	Insgesamt lt. Kassenjahr	Anteil Pkw in %	
2007	40 666 076	0,7	7 511	8 897,6	84,4	
2008	40 844 251	0,4	7 463	8 841,8	84,4	
2009	40 900 650	0,1	6 9 2 4	8 200,8	84,4	
2010	41 353 202	1,1	7 093	8 487,9	83,6	
2011	41 870 222	1,3	7 047	8 422,3	83,7	
2012	42 537 204	1,6	7 047	8 442,7	83,5	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

GESCHÄFTSSTATISTIK KRAFTFAHRZEUGSTEUER

### 3 Entwicklung

Die Anzahl der Pkw, die nach dem 1. Juli 2009 neu zugelassen wurden, erhöhte sich im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Mio. Pkw. Damit unterliegen rund 21% (8,8 Mio.) dieser Pkw der neuen Kraftfahrzeugsteuer, die sich nach  $\rm CO_2$ -Wert und Hubraum bemisst.

Für rund 1,5 Mio. Pkw mit Erstzulassung vom 5. November 2008 bis 30. Juni 2009 wird eine sogenannte Günstigerprüfung zwischen der nach alten und der nach neuen Grundlagen bemessenen Kraftfahrzeugsteuer angewendet (§ 18 Absatz 4a KraftStG). Diese Prüfung erfolgte von Amts wegen. Sie mindert die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer.

Rund 72% der Pkw in Deutschland, die zum 1. Juli 2012 in den Bundesländern kraftfahrzeugsteuerlich erfasst wurden, fahren mit einem Ottomotor. Seit 1997 hat sich der Anteil zugunsten der Pkw mit Dieselmotor mit steigender Tendenz deutlich verändert (vergleiche Tabelle 2).

Seit 2000 erreichen die Diesel-Pkw wesentlich höhere Zulassungsanteile als in den Vorjahren. Schätzungen gingen ursprünglich davon aus, dass zukünftig fast jeder zweite neu zugelassene Pkw mit einem Dieselmotor ausgestattet sein wird. Durch die Umweltprämie im Jahr 2009 verlagerte sich die Entwicklung der Neuzulassungen zwar vorübergehend wieder in Richtung kleinerer Pkw mit Ottomotor. Nach dem Auslaufen der Umweltprämie wandelte sich der Trend wiederum zur Neuzulassung von Pkw mit Dieselmotor. Nunmehr sind nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes rund 52 % der Pkw-Neuzulassungen im Jahr 2012 mit einem Ottomotor ausgestattet (2010: rund 57 %, 2011: rund 52 %).

Der Bestand an Pkw mit umweltschonenderer Kraftfahrzeugtechnik hat sich deutlich erhöht. So stieg der steuerpflichtige Bestand an Euro-5- und Euro-6-Pkw auf über 7,5 Mio. Das entspricht einem Anteil am Gesamtbestand von fast 18 %. Aus der folgenden Grafik ist auch der deutliche Anstieg des Anteils der Pkw mit  ${\rm CO_2\text{-}Werten}$  unter 160 g/km ersichtlich.

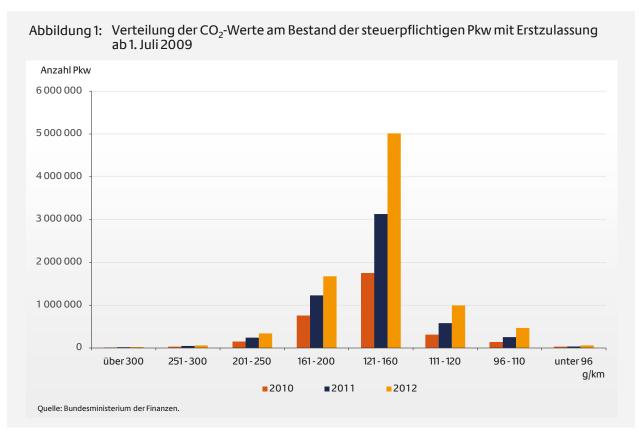
Die Anzahl der nicht oder bedingt schadstoffarmen Pkw ist weiter rückläufig. 1997 waren es noch rund 9,4 Mio. Pkw. Deren Anteil am Gesamtbestand betrug damals rund 25,5 %. Bis zum Juli 2012 verringerte sich dieser Anteil auf deutlich unter 1% beziehungsweise absolut auf rund 256 000 Pkw. Rund 9 Mio. dieser Fahrzeuge wurden seit 1997 nach Meldung der Länder ausgesondert. In Abbildung 2 ist diese Entwicklung abgebildet.

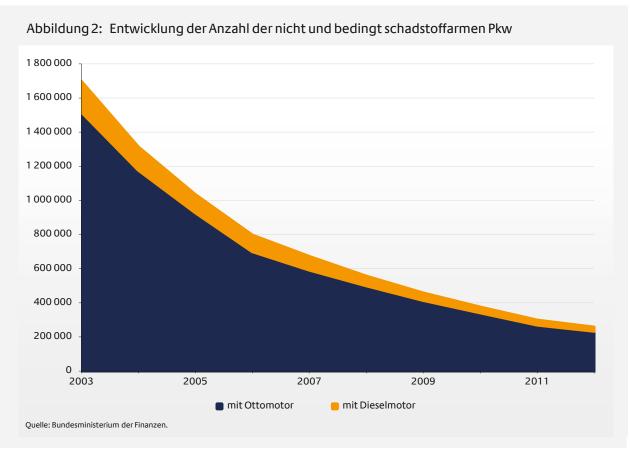
Tabelle 2: Anteil Pkw mit Dieselmotor am Pkw-Bestand in %

L.L.	A -1 - 11 D1 11 D1 1 1
Jahr	Anteil Pkw mit Dieselmotor in %
1997	13,3
2000	13,9
2005	19,8
2007	23,5
2008	24,3
2009	25,1
2010	26,0
2011	26,9
2012	28,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

GESCHÄFTSSTATISTIK KRAFTFAHRZEUGSTEUER





Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau

# Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau

- Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 haben auf ihrem Treffen in Moskau mit deutlichen Bekenntnissen zur Haushaltskonsolidierung und zu einem marktbasierten Wechselkurssystem wichtige Signale für ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum gesetzt.
- Erfreulich aus deutscher Sicht ist der Konsens unter den G20-Staaten, dass die Fiskalkonsolidierung und Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen weiterhin als gemeinsame Aufgabe von hoher Priorität ist.
- Im Bereich der Finanzmarktregulierung stehen auch 2013 wichtige Entscheidungen an. Alle G20-Staaten wurden in Moskau zur raschen Umsetzung beschlossener Regulierungsmaßnahmen wie Basel III und im Bereich Over the Counter-Derivate (OTC) aufgefordert.
- Bis Juli 2013 wird die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Aktionsplan mit Maßnahmen vorlegen, um der zu beobachtenden Reduktion der steuerlichen Bemessungsgrundlagen und der Gewinnverlagerungen multinationaler Unternehmen zu begegnen.
- Mit den Themen Investitionsfinanzierung sowie "Government Borrowing and Public Debt Management" hat Russland zwei zusätzliche Schwerpunkte für die diesjährige Arbeit der G20 gesetzt.

1	Einleitung	35
	Lage der Weltwirtschaft und "Framework for Growth"	
3	Finanzmarktregulierung	36
	Stärkung der internationalen Finanzarchitektur	
5	Internationale Steuerpolitik	37
	Investitionsfinanzierung	
	Weitere Themen	38

### 1 Einleitung

Vom 15. bis 16. Februar 2013 kamen die Finanzminister und Notenbankgouverneure in Moskau zu ihrem ersten Treffen unter russischer G20-Präsidentschaft zusammen. Themenschwerpunkte waren die Lage der Weltwirtschaft und das "Framework for Growth", wobei die Diskussion über Haushaltsziele und Wechselkurspolitik im Mittelpunkt stand. Außerdem standen die

Finanzmarktregulierung, die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur und internationale Steuerfragen auf der Agenda. Schließlich hat Russland mit den Themen Investitionsfinanzierung und "Government Borrowing and Public Debt Management" zwei zusätzliche Schwerpunkte für die diesjährige Arbeit der G20 gesetzt. Für Deutschland nahmen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann an dem Treffen teil.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau

### 2 Lage der Weltwirtschaft und "Framework for Growth"

Wichtige Politikmaßnahmen in Europa, den USA und Japan haben in Verbindung mit einer widerstandsfähigen Wirtschaftslage in China zuletzt zu einem Rückgang der weltwirtschaftlichen Risiken und zu einer besseren Lage an den Finanzmärkten geführt. Nach Projektion des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird sich das globale Wirtschaftswachstum mit Zuwachsraten von 3,5% (2013) und 4,1% (2014) mit moderatem Tempo fortsetzen. Dennoch bestehen wichtige Risiken fort. Das Wachstum der Weltwirtschaft ist nach Ansicht der G20 insgesamt zu gering, die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern unakzeptabel hoch. In ihrer Abschlusserklärung bekannten sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure daher zu einer entschlossenen Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen, vor allem im Hinblick auf die Schaffung eines widerstandsfähigeren Finanzsystems und die Umsetzung anspruchsvoller Strukturreformen für starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum. Als konkrete Maßnahmen nannten sie etwa die Stärkung der Wirtschaftsund Währungsunion in Europa und die Verringerung der Unsicherheiten hinsichtlich der Haushaltssituation in den USA und Japan.

Erfreulich aus deutscher Sicht ist der Konsens unter den G20-Staaten, dass die Fiskalkonsolidierung und Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen weiterhin als gemeinsame Aufgabe von hoher Priorität gilt. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure bekräftigten in Moskau die Einigung vom G20-Gipfel 2012 in Los Cabos, bis zum G20-Gipfel in diesem Jahr eine Anschlussvereinbarung für die geltenden Toronto-Ziele zur Haushaltskonsolidierung in Form glaubwürdiger und mittelfristiger Strategien zu erarbeiten. Die erste Etappe der Toronto-Ziele, im Jahr 2013 die Haushaltsdefizite im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zu 2010 zu halbieren, wird voraussichtlich

nicht von allen G20-Staaten erreicht. Umso wichtiger ist die zweite Etappe der Toronto-Ziele, bis 2016 eine Stabilisierung oder Senkung des Schuldenstandes im Verhältnis zum BIP zu erreichen. Deutschland gilt dabei als Vorreiter und die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, sinnvolle Konsolidierungsziele auch auf G20-Ebene einzuführen. Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble hat seinen Kollegen gegenüber deutlich gemacht, dass eine ambitionierte Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Industrieländern unabdingbar ist für die Rückkehr des Vertrauens, die Mobilisierung privater Investitionen, die Sicherung der makroökonomischen Stabilität der Weltwirtschaft und die Reduktion der Anfälligkeit gegenüber exogenen Schocks. Die Diskussionen hierzu werden fortgeführt.

Ein weiteres wichtiges Signal ging von Moskau auch im Bereich der Wechselkurspolitik aus. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure bekräftigten die gemeinsame Verpflichtung, schneller auf die Schaffung marktbasierter Wechselkurssysteme und flexibler Wechselkurse hinzuwirken. Einer auf die Erzielung von Wettbewerbsvorteilen ausgerichteten Politik der Währungsabwertung erteilten sie eine klare Absage. Künftig soll es auch eine engere Zusammenarbeit der G20 bei Währungsfragen geben.

### 3 Finanzmarktregulierung

Auch während der russischen G20-Präsidentschaft stehen wichtige Entscheidungen und Fortschritte im Bereich der Finanzmarktregulierung an. Auf ihrem Treffen in Moskau bekräftigten die Finanzminister und Notenbankgouverneure ihre Erwartung konkreter Fortschritte, etwa bei der Regulierung des Schattenbankensektors, wo bis zum Gipfel in Sankt Petersburg (September 2013) konkrete Politikempfehlungen vorgelegt werden sollen. Bis Ende Juni 2013 wird darüber hinaus die Erarbeitung von Abwicklungsplänen

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau

für alle global systemrelevanten Banken erwartet.

Deutliche Erwartungen formulierten die Finanzminister und Notenbankgouverneure auch hinsichtlich der Umsetzung bereits beschlossener Regulierungsmaßnahmen. So wurden alle G20-Staaten zu einer möglichst schnellen Umsetzung des Basel-III-Rahmenwerks und der vereinbarten Reformen im Bereich der Over the Counter-Derivate (OTC) aufgefordert.

## 4 Stärkung der internationalen Finanzarchitektur

Die G20 verpflichteten sich in Moskau darauf, gemeinsam mit der gesamten IWF-Mitgliedschaft auf eine Vereinbarung zur neuen Quotenformel und zur Quotenreform bis Januar 2014 hinzuwirken. Darüber hinaus betonten sie die dringende Notwendigkeit, die IWF-Quoten- und Governance-Reform des Jahres 2010 in allen noch ausstehenden Ländern (insbesondere den USA) zu ratifizieren. Deutschland hat die Quoten- und Governance-Reform fristgerecht im Mai 2012 ratifiziert.

Weitere Themen im Bereich der Internationalen Finanzarchitektur waren die Indikatoren globaler Liquidität – auf dem nächsten Treffen im April sollen die Arbeiten des IWF und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ausgewertet werden – sowie die sogenannten Regional Financial Arrangements (RFAs); wichtigste Beispiele sind der Europäische Stabilitätsmechanismus und die asiatische Chiang-Mai-Initiative. Ziel ist es, den Dialog zwischen RFAs effektiver zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen IWF und RFAs zu stärken. Der IWF wird hierzu im April einen Fortschrittsbericht vorlegen.

### 5 Internationale Steuerpolitik

In Moskau stand erneut die internationale Kooperation in Steuerfragen auf der Agenda. Die OECD hat zu dem Treffen in Moskau einen Bericht zu Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) vorgelegt, der die komplexen Ursachen der zu beobachtenden Reduktion der steuerlichen Bemessungsgrundlagen und der Gewinnverlagerungen multinationaler Unternehmen analysiert. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure zeigten sich in der Abschlusserklärung entschlossen, konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang zu unternehmen. Die OECD wird bis Juli 2013 einen entsprechenden Aktionsplan vorlegen. Die Bundesregierung unterstützt diese Initiative nachdrücklich.

Darüber hinaus wurde das "Global Forum on Transparency and Exchange of Information" zu zügigen Fortschritten bei der Bewertung und Beobachtung hinsichtlich der Umsetzung der internationalen Standards zum Informationsaustausch ermuntert. Hier soll den Finanzministern bis April 2013 ein Fortschrittsbericht vorgelegt werden.

### 6 Investitionsfinanzierung

Das Thema des Zugangs zu langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen ist ein Schwerpunkt der russischen G20-Agenda. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure erkannten die Bedeutung des Themas für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung an. Ein entsprechender Bericht internationaler Organisationen wurde als gute Basis der weiteren G20-Arbeiten in diesem Bereich begrüßt. Eine neu gegründete Study Group soll aufbauend auf den Erkenntnissen dieses Berichtes in Zusammenarbeit mit

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau

Weltbank, OECD und anderen internationalen Organisationen einen Arbeitsplan für die G20 erstellen. Deutschland ist dem Vorschlag der russischen Präsidentschaft gerne gefolgt und hat gemeinsam mit Indonesien die Leitung der Study Group übernommen.

### 7 Weitere Themen

Zu den weiteren Themen in Moskau gehörte die Stärkung lokaler Anleihemärkte in heimischer Währung (Local Currency Bond Markets), die Förderung des Zugangs unterprivilegierter Bevölkerungsschichten zu Finanzdienstleistungen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern (Financial Inclusion), sowie die Klimaschutzfinanzierung. Zu Letzterem wird den Staats- und Regierungschefs zum Gipfel in Sankt Petersburg ein Bericht vorgelegt (ergänzend hierzu und zur G20-Befassung: "Klimaschutzfinanzierung nach Doha", BMF, Monatsbericht Januar 2013).

Darüber hinaus befassten sich die G20-Finanzmister und -Notenbankgouverneure mit dem Thema "Government Borrowing and Public Debt Sustainability", einem weiteren Schwerpunkt der russischen Präsidentschaft. IWF und Weltbank wurden in diesem Zusammenhang aufgefordert, die bestehenden Richtlinien zum effektiven Schuldenmanagement, vor allem die sogenannten Guidelines for Public Debt Management, auf Relevanz und Zeitgemäßheit hin zu überprüfen.

Ein weiteres Thema des Treffens war die Erhöhung von Transparenz auf den Energieund Rohstoffmärkten. Hierzu wird den Staats- und Regierungschefs bis zum Gipfel in Sankt Petersburg ein Fortschrittsbericht vorgelegt. Schließlich wird ebenfalls zum Gipfel ein Fortschrittsbericht zum Abbau ineffizienter Energiesubventionen erarbeitet sowie ein freiwilliger Peer Review durchgeführt.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der mehrmalige Anstieg der meisten Stimmungsindikatoren signalisiert, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Verlauf dieses Jahres an Schwung gewinnt. Allerdings zeigen die "harten" Industriedaten, dass die deutsche Industrie zu Beginn des 1. Quartals 2013 ihre Schwächephase – trotz Stabilisierungstendenz – noch nicht ganz überwunden hat.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich zu Jahresbeginn überraschend unvermindert fort.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im Februar das Vorjahresniveau um 1,5 % und zeugt von einem sehr moderaten Preisklima.

Die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten – insbesondere die Trendwende der Stimmungsindikatoren zum Besseren – spricht dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland nach einer noch verhaltenen Entwicklung zum Jahresbeginn wieder an Schwung gewinnt.

Im Schlussquartal des vergangenen Jahres war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in preis-, saisonund kalenderbereinigter Betrachtung um 0,6% zurückgegangen (gegenüber dem Vorquartal). Dieses Ergebnis ist vor allem auf eine Abschwächung der Außenhandelstätigkeit zurückzuführen. So verringerten sich die realen Exporte deutlich um 2,0 %, während die Importe nur um 0,6 % nachgaben. Damit ging von den Nettoexporten rein rechnerisch ein negativer Wachstumsbeitrag aus (-0,8 Prozentpunkte). Die Verringerung der ausländischen Nachfrage hat auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beeinträchtigt. Die Investitionen in Ausrüstungen verringerten sich mit einem Minus von preis-, saison- und kalenderbereinigt 2,0% bereits das 5. Quartal in Folge. Die Bauinvestitionen blieben dagegen nahezu auf Vorquartalsniveau.

Das globale Umfeld wird sich voraussichtlich allmählich verbessern. Hiervon gehen auch internationale Institutionen in ihren Prognosen aus. Zu Jahresbeginn hat sich mit dem Anstieg der nominalen Warenexporte

und -importe die Außenhandelstätigkeit Deutschlands leicht belebt. So nahmen die nominalen Ausfuhren im Januar 2013 saisonbereinigt um 1,4 % gegenüber Dezember 2012 zu. Im Zweimonatsvergleich (Dezember 2012/Januar 2013 gegenüber Oktober/November 2012) stagnierten die Warenausfuhren jedoch nahezu. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis im Januar um 3,1% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Entwicklung der deutschen Ausfuhren divergiert dabei jedoch nach Absatzmärkten: So stieg der Wert der Exporte insbesondere in Drittländer im Vorjahresvergleich kräftig an (+4,5%). Die Warenexporte in den Euroraum verzeichneten währenddessen nur ein schwaches Wachstum (+0,4%).

Die Wareneinfuhren bleiben hingegen – trotz des deutlichen Anstiegs im Januar gegenüber dem Vormonat – weiterhin abwärtsgerichtet (saisonbereinigt). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresniveau wurden die Einfuhren nach Ursprungswerten dennoch merklich ausgeweitet (+ 2,9 %). Dabei fiel der Importanstieg aus Nicht-Euroländer der Europäischen Union (+ 8,7 %) spürbar kräftiger aus als die Zunahme der Importe aus Euro- (+ 2,8%) und Drittländern (+ 0,2 %). Die schwache Importentwicklung aus Drittländern spiegelt sich im Februar auch in einem nur merklichen Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer wider (+ 1,9 %

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

gegenüber dem Vorjahr). In den Monaten Januar und Februar zusammengenommen waren diese gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis sogar deutlich zurückgegangen (-4,6%).

Hinsichtlich der Entwicklung der Exporttätigkeit in den nächsten Monaten überwiegen zurzeit die positiven Signale: So zeigt der jüngste Anstieg des OECD Composite Leading Indicator eine allmähliche Erhöhung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos an. Auch die ifo Exporterwartungen der deutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe verbesserten sich im Februar das vierte Mal in Folge und liegen damit spürbar oberhalb des langjährigen Durchschnitts. Die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Ausland waren demgegenüber im Januar jedoch noch deutlich rückläufig, was auf eine abgeschwächte Exportdynamik im 1. Quartal hindeutet. Dämpfend auf die deutsche Exportwirtschaft wirkt dabei insbesondere die konjunkturelle Schwäche in einigen Ländern des Euroraums. Die Europäische Kommission rechnet in ihrer Winterprognose jedoch mit einem allmählichen Anziehen der Wirtschaftstätigkeit im Laufe dieses Jahres in jenen Ländern.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) verzeichnete im Januar 2013 einen Überschuss von 13,7 Mrd. € und lag damit 0,5 Mrd. € oberhalb des Vorjahrniveaus. Der Saldo der Leistungsbilanz lag im Januar mit 11,3 Mrd. € ebenfalls leicht oberhalb des Niveaus des Vorjahresmonats (+ 0,3 Mrd. € gegenüber Vorjahr).

Die Industrieindikatoren zeigen einen schwachen Start in das 1. Quartal 2013. So wurde die Industrieproduktion im Januar 2013 in saisonbereinigter Betrachtung geringfügig zurückgefahren. Dabei überwog die Verringerung der Erzeugung von Investitionsgütern (saisonbereinigt - 1,5 %) gegenüber dem Anstieg der Herstellung von Vorleistungs- und Konsumgütern (saisonbereinigt + 0,6 % und + 1,6 %). Im Zweimonatsvergleich weist die Industrieproduktion insgesamt jedoch einen leichten Aufwärtstrend auf. Dieser beruht auf einer Ausweitung der Erzeugung von Investitions- und Konsumgütern, während sich die Vorleistungsgüterproduktion stabilisierte.

Der Umsatz in der Industrie lag im Januar 2013 unter dem Ergebnis des Vormonats (saisonbereinigt). Dies war auf einen deutlichen Umsatzrückgang im Auslandsgeschäft zurückzuführen. Im Zweimonatsvergleich verringerte sich der industrielle Gesamtumsatz nur marginal. Dabei stagnierte der Auslandsumsatz nahezu. Der Inlandsumsatz ging dagegen leicht zurück.

Die industrielle Nachfrage hat im Januar 2013 einen Dämpfer erhalten. Verstärkend wirkte dabei ein unterdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen. Während sich im Zweimonatsvergleich gegenüber der entsprechenden Vorperiode die Inlandsnachfrage stabilisierte, verbuchten die Auslandsbestellungen über alle drei Gütergruppen hinweg ein deutliches Minus. Diese Abwärtsbewegung dürfte die weitere Produktionsentwicklung belasten. Insgesamt zeigen die "harten" Industriedaten, dass die deutsche Industrie zu Beginn des 1. Quartals 2013 ihre Schwächephase – trotz Stabilisierungstendenz – noch nicht ganz überwunden hat. Allerdings ist eine Vielzahl von Stimmungsindikatoren bereits mehrere Monate in Folge angestiegen und signalisiert damit eine Trendwende zum Besseren im weiteren Jahresverlauf. So verbesserten sich

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$ 

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	agii Vori in º/	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjah	r	
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,9	+0,7	+0,3	+0,2	-0,6	+0,5	+0,4	+0,1	
jeweilige Preise	2 644	+2,0	+0,6	+0,6	-0,3	+1,7	+1,8	+1,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 021	+1,8	-0,5	-0,3	-0,9	+2,7	+1,3	+0,3	
Arbeitnehmerentgelte	1 377	+3,7	+1,2	+0,6	+0,7	+3,8	+3,8	+3,5	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	644	-1,9	-4,0	-2,2	-4,3	+0,4	-3,2	-7,4	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 666	+2,2	-0,6	+0,1	+1,0	+2,1	+1,4	+1,9	
Bruttolöhne ugehälter	1126	+3,9	+1,3	+0,5	+0,7	+4,0	+3,9	+3,7	
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,5	+0,4	-1,7	-1,1	+2,5	+1,2	-1,5	
		2012			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf		ggü.Vorj. in%	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		r <sup>1</sup>		
tragseingänge	Mrd. € bzw. Index		Dez 12	Jan 13	Zweimonats- durchschnitt	Dez 12	Jan 13	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 097	+3,4	+0,2	+1,4	-0,1	-6,9	+3,1	-1,9	
Waren-Importe	909	+0,7	-1,5	+3,3	-1,7	-7,5	+2,9	-2,3	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,7	-0,4	+0,6	+0,0	+0,3	-0,5	-1,3	-0,9	
Industrie <sup>2</sup>	106,8	-0,6	+1,0	-0,2	+0,8	-0,6	-1,3	-1,0	
Bauhauptgewerbe	105,8	-0,1	+0,4	+3,5	+1,7	-1,4	+2,3	-0,1	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	105,9	-0,6	+0,4	-0,4	-0,2	-1,3	-3,0	-2,1	
Inland	104,8	-1,6	-1,2	+1,4	-0,6	-4,0	-3,9	-4,0	
Ausland	107,1	+0,5	+1,9	-2,2	+0,1	+1,7	-1,9	-0,1	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	103,3	-3,7	+1,1	-1,9	-1,2	-1,9	-2,5	-2,2	
Inland	100,7	-5,7	+0,3	-0,6	+0,2	-4,3	-4,6	-4,4	
Ausland	105,3	-2,1	+1,6	-3,0	-2,3	-0,2	-0,8	-0,5	
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+0,8		-12,2	-5,1		-6,5	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,2	-0,3	-1,6		-0,4	-4,3		-2,4	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	:: N: :- 0/	Vorp	eriode saison	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Dez 12	Jan 13	Feb 13		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	-1	-14	-3	+60	+54	+46		
Erwerbstätige, Inland	41,59	+1,0	+24	+25		+289	+239			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,92	+1,9	+32			+353				
		2012	Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in %		Vorperiod	le		Vorjahr			
2000 100	Index		Dez 12	Jan 13	Feb 13	Dez 12	Jan 13	Feb 13		
Importpreise	119,4	+2,1	-0,5	+0,1		+0,3	-0,8			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	-0,3	+0,8	-0,1	+1,5	+1,7	+1,2		
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	104,1	+2,0	+0,3	-0,5	+0,6	+2,0	+1,7	+1,5		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	nigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13		
Klima	-0,8	-2,6	-4,3	-6,8	-4,0	-2,2	+1,3	+7,3		
Geschäftslage	+11,6	+10,6	+9,1	+3,5	+5,0	+3,2	+5,0	+9,1		
Geschäftserwartungen	-12,4	-15,1	-16,8	-16,6	-12,6	-7,4	-2,3	+5,5		

 $<sup>^{1}</sup> Produktion \, arbeitst \ddot{a}glich, Umsatz, Auftragseing ang \, Industrie \, kalenderbereinigt, Auftragseing ang \, Bau \, saisonbereingt.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

beispielsweise die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Februar den 5. Monat in Folge. Im Saldo überwiegen dabei nun auch erstmals seit April 2012 wieder die Unternehmen, die die Aussichten für die nächsten sechs Monate als optimistisch bewerten.

Die Produktion im Baugewerbe stieg im Januar 2013 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt spürbar an. Positive Impulse kamen dabei aus dem Ausbaugewerbe, das im Januar ein Plus von 5,9 % erzielte. Der Rückgang der Produktion im Baugewerbe vom Dezember 2012 konnte damit zwar mehr als kompensiert werden. Dennoch verharrt die Bauproduktion im Zweimonatsvergleich auf dem Ergebnis der Vorperiode. Die vorlaufenden Indikatoren sprechen dafür, dass die Bauproduktion nach einer leichten Abschwächung im Schlussquartal des

vergangenen Jahres nunmehr wieder an Schwung gewinnt. So ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im 4. Quartal um 2,1% angestiegen. Auch die bereits fünfte Verbesserung der ifo Geschäftserwartungen im Baugewerbe in Folge deutet in diese Richtung.

Die privaten Konsumausgaben dürften auch im 1. Quartal die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität stützen. Darauf deutet der Umsatz im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) hin, der im Januar 2013 im Vergleich zum Vormonat sehr deutlich zunahm. Auch die meisten Stimmungsindikatoren sprechen für eine Fortsetzung der Konsumkonjunktur. So schätzten die vom ifo Institut befragten Einzelhändler im Januar und Februar ihre Lage merklich besser ein als einen Monat zuvor. Gleichzeitig hellte sich die

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

 $<sup>^{3}</sup>$ Index 2010 = 100.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Stimmung der Verbraucher im Februar gegenüber dem Vormonat leicht auf. Für den März erwarten die Analysten in ihrer monatlichen GfK-Konsumklimastudie eine weitere Stimmungsverbesserung der Konsumenten. Dabei bewegen sich die Einkommenserwartungen - vor allem geprägt von einem anhaltenden Beschäftigungsaufbau – weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Darüber hinaus führt die moderate Entwicklung der jährlichen Inflation, die im Januar und Februar jeweils die 2-Prozent-Marke unterschritt, zu realen Einkommensverbesserungen, welche auch die Anschaffungsneigung beflügeln. Die Umsetzung der Vorhaben größere Anschaffungen zu tätigen und die damit im Zusammenhang stehende niedrigere Sparneigung dürften zu einer Fortsetzung der Konsumkonjunktur beitragen. Der RWI-Konsumindikator signalisiert ebenfalls eine weitere - wenngleich nur schwache -Ausweitung der privaten Konsumausgaben im 1. Quartal 2013.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich auch im Februar überraschend robust. Von der temporären konjunkturellen Abschwächung im Winterhalbjahr 2012/2013 ist am aktuellen Rand bislang kaum etwas zu spüren. So ging die saisonbereinigte Arbeitslosenanzahl im Februar zum dritten Mal in Folge zurück, nachdem diese seit März 2012 moderat angestiegen war. Nach Ursprungszahlen betrug die Zahl registrierter Arbeitsloser im Februar 3,16 Millionen Personen und überschritt damit das Vorjahresniveau zwar um 46 000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag jedoch – wie bereits im Februar 2012 – bei 7,4%. Insgesamt scheint somit der leichte Aufwärtstrend der Arbeitslosigkeit vorerst gestoppt zu sein.

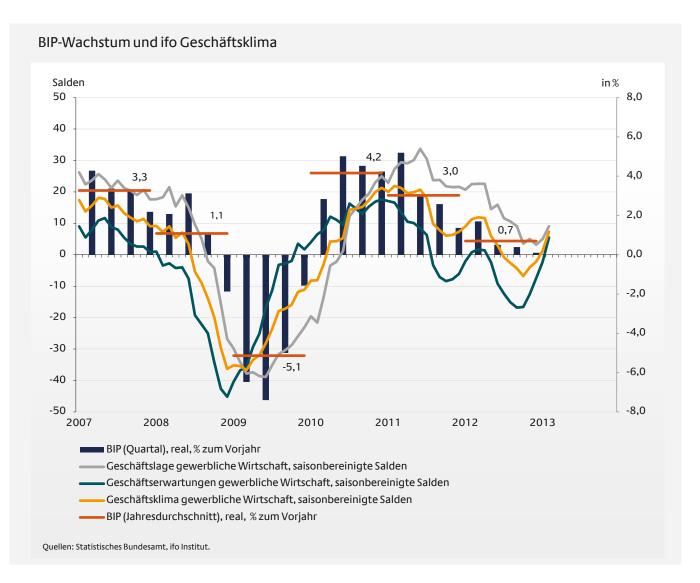
Auch der Beschäftigungsaufbau setzte sich zu Jahresbeginn fort. So erreichte die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten (Inlandskonzept) ein Niveau von 41,40 Millionen Personen (+ 239 000 Personen gegenüber dem Vorjahr).

Der Aufwärtstrend der Erwerbstätigkeit trug auch zu einer weiteren Zunahme des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) im Januar und Februar zusammengenommen um 6,7% gegenüber dem Vorjahr bei. Im Vormonatsvergleich ergab sich ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um saisonbereinigt 25 000 Personen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Dezember 2012 gegenüber dem Vormonat - nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit – mit saisonbereinigt 32 000 Personen deutlich an. Im 4. Quartal verbuchte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung somit gegenüber dem Vorquartal ein spürbares Plus trotz des deutlichen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im gleichen Zeitraum. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresniveau gab es (nach Ursprungswerten) im Dezember einen Beschäftigungszuwachs von 353 000 Personen. Dabei verzeichneten die Wirtschaftlichen Dienstleistungen das größte Plus, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe und dem Gesundheits- und Sozialwesen. Beschäftigungsverluste gab es hingegen u. a. im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen.

Insgesamt deuten die vorlaufenden
Indikatoren darauf hin, dass die
Arbeitsmarktlage auch im weiteren
Verlauf stabil bleiben dürfte. So wollen die
vom ifo Institut befragten Unternehmen
des Verarbeitenden Gewerbes und des
Dienstleistungsbereichs weiterhin neue
Mitarbeiter einstellen. Auch der umfassende
Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit
(BA-X) befindet sich weiterhin auf einem
hohen Niveau, wenngleich er im Februar im
Vormonatsvergleich etwas nachgab.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich zuletzt spürbar verlangsamt. So überschritt der Verbraucherpreisindex im Februar das Vorjahresniveau um 1,5 %. Eine niedrigere Teuerungsrate war zuletzt im Dezember 2010 verzeichnet worden. Erneut war der Anstieg des Preisindex von

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



der Entwicklung der Energiekomponente und der Nahrungsmittelpreise geprägt. Haushaltsenergie verteuerte sich im Vorjahresvergleich um 5,4 %, bei Kraftstoffen betrug der entsprechende Preisniveauanstieg hingegen nur 0,4 %. Die Teuerung von Nahrungsmitteln belief sich auf 3,1% gegenüber dem Vorjahresmonat.

Die Zunahme des Verbraucherpreisniveaus dürfte angesichts einer weiteren Abschwächung des Preisniveauanstiegs auf den dem Verbrauch vorgelagerten Produktionsstufen – trotz einer Zunahme der Lohnstückkosten im Schlussquartal 2012 – in den nächsten Monaten verhalten bleiben. So nahm der Erzeugerpreisindex im Februar um 1,2% gegenüber dem Vorjahr zu. Ohne Berücksichtigung der Energiekomponente überschritten die Erzeugerpreise das Vorjahresniveau um 1,0 %. Der Importpreisindex unterschritt im Januar das entsprechende Vorjahresniveau um 0,8 %. Dabei hat die Preisentwicklung bei Energieträgern den Importpreisrückgang besonders geprägt. So lag der Einfuhrindex für Energie im Januar 2,8 % unterhalb des Niveaus von Januar 2012. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse unterschritten die Importpreise das Vorjahresniveau ebenfalls um 0,8 %.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2013

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2013

Im Februar 2013 sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 0,9 Mrd. € (+2,2%) gestiegen. Die Zunahme der Steuereinnahmen insgesamt ist vor allem der Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern (+0,5 Mrd. €) und der reinen Bundessteuern (+0,3 Mrd. €) zu verdanken. Die Ländersteuern stiegen zwar um 8,4% an; sie trugen jedoch mit 0,1 Mrd. € nur gering zum Anstieg der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) bei. Der Bund erzielte Mehreinnahmen von 6,2%, die EU-BNE-Eigenmittelabführungen gingen dabei um 0,3 Mrd. € zurück. Die Länder verbuchten Zuwächse von 0,9 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Im Zeitraum Januar bis Februar 2013 stiegen die Steuereinnahmen insgesamt um 2,0% (Bund - 0,1%, Länder + 0,3%).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Februar 2013 um 5,9 % über dem Ergebnis vom Februar 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen erhöhten sich um 1,7 %. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um 6,2 %. In den Monaten Januar bis Februar 2013 stieg das Kassenaufkommen um 7,5 %.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer sank im Februar 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,7 Mio. €. Die Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer brutto weisen mit -7,4% ebenfalls deutliche Einbußen gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG unterschritten das Niveau des Vorjahreszeitraums um 5,4%. Für den Zeitraum Januar bis Februar 2013 ergeben sich Mehreinnahmen von 46,9%. Einschätzungen über den Entwicklungstrend lassen sich daraus noch nicht ableiten; es bleibt der

aufkommensstarke Vorauszahlungsmonat März abzuwarten.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im Berichtsmonat Februar 2013 rund 2,0 Mio. € aus, dies ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat (- 25,2 Mio. €). Im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2013 wurde das Aufkommen des Vorjahreszeitraums allerdings aufgrund des guten Januar-Ergebnisses um rund 380 Mio. € übertroffen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 11,0 %. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern nahmen um 10,4 % ab. Das Bruttoaufkommen vor Abzug der Erstattungen stieg um 6,9 %. Im Zeitraum Januar bis Februar gingen die Kasseneinnahmen insgesamt durch das schlechte Januar-Ergebnis um 37,5 % zurück.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge stieg im Vorjahresmonatsvergleich um 4,5 %. Im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2013 erhöhten sich die Einnahmen um 4,7 %.

Die Steuern vom Umsatz unterschritten im Berichtsmonat Februar 2013 das Vorjahresniveau um 1,1%. Von den beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies die Einfuhrumsatzsteuer einen Anstieg um 1,9% auf. Demgegenüber sank das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um 1,9%. Das Aufkommen aus diesen Steuerarten ist im Jahresverlauf äußerst volatil, sodass über die weitere Entwicklung noch keine belastbaren Aussagen möglich sind. Kumuliert liegen die Steuern vom Umsatz insgesamt um 1,4% unter dem Vergleichszeitraum Januar bis Februar 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2013

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2013	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahı
2015	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 859	+5,9	25 156	+7,5	157 100	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	- 79	X	635	+46,9	39 800	+6,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	535	+11,0	1 999	-37,5	14 485	-27,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	613	+4,5	3 164	+4,7	8 274	+0,5
Körperschaftsteuer	2	X	680	+126,4	20 570	+21,5
Steuern vom Umsatz	19 658	-1,1	35 165	-1,4	202 150	+3,9
Gewerbesteuerumlage	179	-21,5	82	-42,8	3 877	+1,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	53	+4,9	37	-69,3	3 300	-0,2
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 820	+1,6	66 916	+1,0	449 556	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	1 265	-6,9	1718	+2,7	39 650	+0,9
Tabaksteuer	819	-16,6	1 3 0 1	-4,2	14 450	+2,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	219	-10,9	425	-5,4	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	4226	+5,2	4793	+5,2	11 150	+0,1
Stromsteuer	641	+6,0	1 181	+2,9	6 400	-8,2
Kraftfahrzeugsteuer	579	-2,9	1 577	+0,5	8 305	-1,6
Luftverkehrsteuer	61	-6,1	121	+1,5	970	+2,3
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	0	Х	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	803	+6,2	1 848	+4,2	14 050	+3,1
übrige Bundessteuern	139	-5,4	288	-2,2	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	8 753	+3,9	13 251	+6,5	99 997	+0,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	304	+2,7	639	-4,6	4247	-1,3
Grunderwerbsteuer	688	+12,1	1 458	+17,1	7 690	+4,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	123	+0,1	288	+14,1	1 486	+3,8
Biersteuer	50	+14,2	102	-0,3	693	-0,5
Sonstige Ländersteuern	25	+15,3	39	+5,5	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 190	+8,4	2 526	+9,5	14 498	+2,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	424	+3,9	698	-4,0	4550	+2,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	461	-4,4	684	+6,2	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	4 4 6 1	-7,2	7517	+19,9	23 950	+20,8
EU-Eigenmittel insgesamt	5 347	-6,2	8 899	+16,5	30 650	+16,5
Bund <sup>3</sup>	17 753	+6,2	33 226	-0,1	260 463	+1,6
Länder <sup>3</sup>	17 855	+0,9	36 316	+0,3	242 925	+2,8
EU	5 347	-6,2	8 899	+16,5	30 650	+16,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 233	+4,5	4 950	+6,4	34 563	+5,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 188	+2,2	83 392	+2,0	568 601	+3,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup>Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom November 2012.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM FEBRUAR 2013

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Februar 2013 Mehreinnahmen von 3,9 %. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere von der Versicherungsteuer (+ 5,2%), dem Solidaritätszuschlag (+ 6,2%) und der Stromsteuer (+ 6,0 %). Die übrigen großen Bundessteuern mussten Einbußen hinnehmen: Bei der Energiesteuer wurde das Vorjahresniveau um 6,9 % unterschritten mit unterschiedlichen Ergebnissen in den einzelnen Aggregaten (Energiesteuer auf Heizöl + 9,2%, auf Erdgas + 11,5% und auf den Kraftstoffverbrauch - 12,0 %). Bei den Tabaksteuereinnahmen (-16,6%) haben sich die Auswirkungen des vorgezogenen Tabaksteuerzeichenerwerbs in Vorwegnahme der Tabaksteuersatzerhöhung zum 1. Januar 2013 zu einem erheblichen Teil erst im Aufkommen des Februars widergespiegelt. Die Kraftfahrzeugsteuer lag um 2,9 % unter dem

Vorjahresmonatsniveau, die Luftverkehrsteuer um 6,1%. Bei der Kernbrennstoffsteuer gab es auch im Februar 2013 kein Aufkommen. Im Zeitraum Januar bis Februar 2013 konnten die Bundessteuern insgesamt Mehreinnahmen von 6,5% verbuchen.

Die reinen Ländersteuern überschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 8,4%. Getragen wird dieses Ergebnis wie bereits in den vergangenen Monaten von der positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 12,1%), der Biersteuer (+ 14,2%), der Feuerschutzsteuer (+ 14,2%) und der Erbschaftsteuer (+ 2,7%). Die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 0,1%) stagnierte auf dem Niveau des Vorjahres. Im Zeitraum Januar bis Februar 2013 liegt das Aufkommen der Ländersteuern bei + 9,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013

### Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013

### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist naturgemäß gering. Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar errechnen lässt. Die Höhe der Kassenmittel unterliegt im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflusst somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst zum Ende des Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im Februar 2013 beträgt der Finanzierungssaldo 23,8 Mrd. €.

### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Februar 2013 auf 59,5 Mrd. €. Sie liegen um 2,9 Mrd. € (-4,6%) unter dem Ergebnis vom Februar 2012.

### Einnahmenentwicklung

Bis einschließlich Februar 2013 lagen die Einnahmen mit 35,7 Mrd. € um 0,3 Mrd. € (+0,7%) knapp über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 32,4 Mrd. € und lagen um 0,2 Mrd. € (-0,5%) unter dem Ergebnis vom Februar 2012. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 3,2 Mrd. € um 0,4 Mrd. € über dem Februarergebnis von 2012.

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Februar 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	302,0	59,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-4,6
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	35,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			0,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	32,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-0,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-17,4	-23,8
Finanzierung durch:	22,8	17,4	23,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	24,1
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	22,5	17,1	-0,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	II	Ist-Entwicklung
	20	13	Januar bis Februar 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	24,2	11 374
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	1 498
Verteidigung	32 807	10,9	5 429
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,4	2 509
Finanzverwaltung	3 878	1,3	625
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,3	2 396
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	540
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,5	766
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	48,1	29 507
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	32,7	22 451
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 36
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,6	5 368
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,3	3 472
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,6	795
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	1 109
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	422
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	251
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,8	305
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	0,6	313
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	56
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	1 341
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	37
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 150
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,5	1 710
Straßen	7 196	2,4	675
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	517
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 649	12,8	12 603
Zinsausgaben	31 596	10,5	30 487
Ausgaben zusammen	302 000	100,0	59 487

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis Februar 2012	Januar bis Februar 2013	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	267 599	88,6	59 432	56 755	-4,!
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,4	5 363	5 507	+2,
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,9	3 841	3 929	+2,
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	1 522	1 578	+3,
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	8,2	3 190	2 710	-15,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	143	155	+8,
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	1 488	920	-38,
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,3	1 558	1 635	+4,
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,5	11 931	11 703	-1,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	182 271	60,4	38 841	36 741	-5,
an Verwaltungen	17 090	5,6	19 419	6,4	2 3 3 1	2 174	-6,
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	53,9	36 558	34 603	-5,
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,6	4706	4819	+2,
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,8	4780	4891	+2,
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	34,3	25 630	23 112	-9,
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	106	94	-11,
nvestive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,5	2 913	2 731	-6,
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,8	2 461	2 286	-7,
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,9	2 133	2 112	-1,
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	329	117	-64,
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	56	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	452	446	-1,
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	328	305	-7,
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	90	92	+2,
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	34	49	+44,
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	302 000	100,0	62 345	59 487	-4,

### $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2013

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

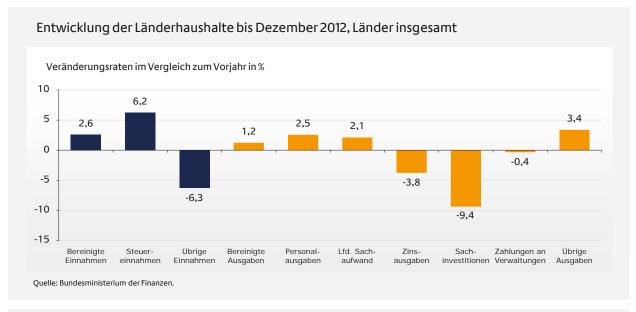
	Ist		Sol	I	Ist - Enty	vicklung	Unterjährige
	201	2	201	3	Januar bis Februar 2012	Januar bis Februar 2013	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	32 614	32 436	-0,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	30 516	30 832	+1,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104528	36,7	11 469	12 049	+5
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	8 207	9 047	+10
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	184	268	+45
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10028	3,5	7 742	2,7	1 599	1 002	-37
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	1 329	1 392	+4
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	150	340	+126
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	19 021	18 744	-1
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	26	39	+50
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	1 672	1 718	+2
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	1 359	1 301	-2
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	1 774	1 848	+4
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	4 557	4793	+5
Stromsteuer	6973	2,5	6 400	2,2	1 148	1 181	+2
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 3 0 5	2,9	1 569	1 577	+(
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	- 503	0	
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	449	425	-[
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	171	164	-2
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	119	121	+1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	0	0	
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-6268	-7 517	+19
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	- 644	- 684	+6
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-1 181	-1 198	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-2 248	-2 248	+0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	2 809	3 243	+15
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4560	1,6	5 5 1 1	1,9	88	35	-60
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	34	19	-44
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	329	1012	+207
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	35 423	35 678	+0

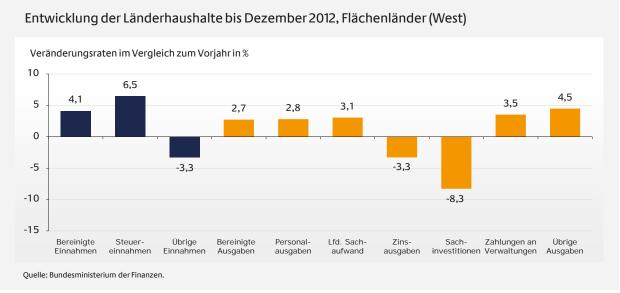
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012

### Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012

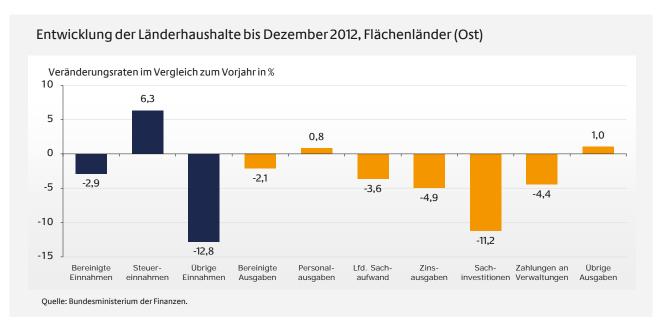
Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar nur geringe Aussagekraft haben, wird an dieser Stelle erneut die Entwicklung bis einschließlich Dezember 2012 wiedergegeben.

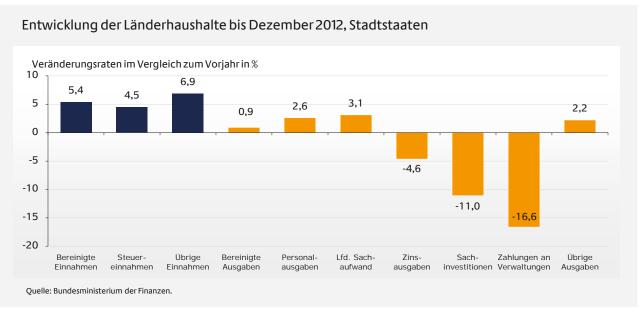
Die Länderhaushalte insgesamt haben sich nach den vorläufigen Abschlussdaten im Jahr 2012 deutlich günstiger entwickelt als im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums -5,6 Mrd. € und unterschritt den Vorjahreswert (vorläufiges Ergebnis Januar bis Dezember 2011) um 3,7 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen 2012 waren von einem Defizit von -14,8 Mrd. € ausgegangen. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,2% auf 298,1 Mrd. € und unterschritten die Planungen um rund 2 Mrd. €. Die Einnahmen erhöhten sich um 2,6% auf 292,5 Mrd. €; das sind 6,9 Mrd. € mehr als geplant. Die Steuereinnahmen nahmen um 6,2% zu.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Februar durchschnittlich 3,11% (2,99% im Januar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,45 % (1,67 % Ende Januar).

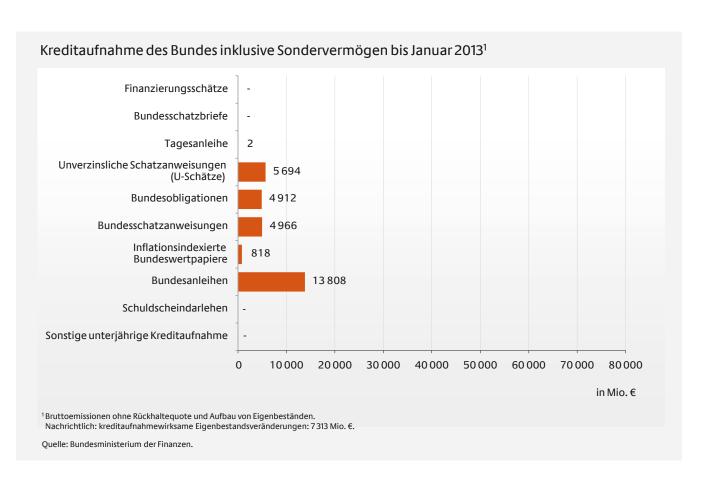
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Februar auf 0,21% (0,23% Ende Januar).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 7. März 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7742 Punkte am 28. Februar (7776 Punkte am 31. Januar). Der Euro Stoxx 50 sank von 2703 Punkten am 31. Januar auf 2634 Punkte am 28. Februar.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar bei 3,5 % nach 3,4 % im Dezember und 3,8 % im November. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von November 2012 bis Januar 2013 auf 3,5 % nach 3,7 % im Dreimonatszeitraum von Oktober bis Dezember 2012.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Januar - 1,1% nach - 0,8% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,83% im Januar gegenüber 0,54% im Dezember.

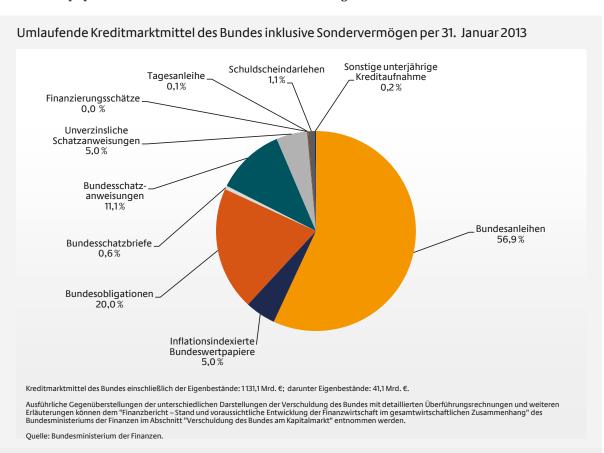
Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Januar 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 30,2 Mrd. €. Darunter entfielen auf festverzinsliche Bundeswertpapiere 22,0 Mrd. € und auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 1,0 Mrd. €. Ferner wurden netto 7,3 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal" zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 42,1 Mrd. € (davon 31,3 Mrd. € Tilgungen und 10,8 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 11,9 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 27,2 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes und von 3,0 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	24,0												24,0
Bundesobligationen	-												-
Bundesschatzanweisungen	-												-
U-Schätze des Bundes	7,0												7,0
Bundesschatzbriefe	0,2												0,2
Finanzierungsschätze	0,0												0,0
Tagesanleihe	0,1												0,1
Schuldscheindarlehen	-												-
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-												-
Sonstige Schulden gesamt	-0,0												-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3												31,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug €	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8												10,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN 113740	Aufstockung	2. Januar 2013	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Neuemission	9. Januar 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Neuemission	16. Januar 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	30. Januar 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	6. Februar 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Neuemission	13. Februar 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	20. Februar 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	6. März 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Aufstockung	13. März 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	20. März 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	ca. 4 Mrd. €	
			1. Quartal 2013 insgesamt	ca. 44 Mrd. €	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119741 WKN 111974	Neuemission	7. Januar 2013	6 Monate/fällig 10. Juli 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119758 WKN 111975	Neuemission	28. Januar 2013	12 Monate/fällig 29. Januar 2014	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119766 WKN 111976	Neuemission	11. Februar 2013	6 Monate/fällig 14. August 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119774 WKN 111977	Neuemission	25. Februar 2013	12 Monate/fällig 26. Februar 2014	ca.3 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119782 WKN 111978	Neuemission	11. März 2013	6 Monate/fällig 11. September 2013	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119790 WKN 111979	Neuemission	25. März 2013	12 Monate/fällig 26. März 2014	ca.3 Mrd.€	
			1. Quartal 2013 insgesamt	ca. 21 Mrd. €	

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Sonstiges

			1. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	22. Januar 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 4. und 5. März 2013

Die wichtigsten Themen beim Treffen der Eurogruppe am 4. März 2013 waren die wirtschaftliche Lage im Euroraum, die Lage in Zypern, das weitere Vorgehen in den Programmländern sowie die direkte Bankenrekapitalisierung als mögliches neues Instrument des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

### Wirtschaftliche Lage

Gegenüber der Herbstprognose 2012 haben sich in der erstmals von der Kommission vorgelegten Winterprognose die Konjunkturaussichten verschlechtert. Für 2013 wird für den Euroraum ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 % und für die EU-27 eine Stagnation (+ 0,1%) erwartet. Bei den öffentlichen Haushalten erwartet die Kommission im Jahr 2013 für den Euroraum ein Defizit von 2,8 % und für die EU-27 von 3,4 %. Auch weiterhin ist eine große Diversität der Entwicklungen in den einzelnen Ländern festzustellen.

#### Die Lage in Zypern

Der neue zyprische Finanzminister
Michalis Sarris hat das hohe Interesse seiner
Regierung unterstrichen, die Gespräche
über ein mögliches Programm intensiv
fortzusetzen. Zugleich hat sich die neue
Regierung bereiterklärt, die Umsetzung der
Anti-Geldwäsche-Regeln in Zypern durch
eine unabhängige Evaluierung überprüfen
zu lassen. Die Troika und Zypern haben
angekündigt, die technischen Gespräche vor
Ort in Nikosia schnell wiederaufzunehmen.
Insbesondere muss die Frage der
Schuldentragfähigkeit geklärt werden. Ziel
ist es, möglichst bis zum Ende des Monats ein
Konzept für ein Programm zu vereinbaren.

### Weiteres Vorgehen in den Programmländern

 Griechenland – Vereinbarte Meilensteine für Januar und Februar wurden erreicht.

Die von der Eurogruppe im Dezember 2012 freigegebene Tranche von insgesamt 49,1 Mrd. € ist inzwischen fast vollständig ausgezahlt. Offen ist noch eine Sub-Tranche von 2,8 Mrd. €, gebunden an die Umsetzung sogenannter Meilensteine (Senkung der Arzneimittelpreise und Vorlage von Personalplänen für die Fachministerien als Grundlage für einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst). Die Troika-Mission ist seit Ende Februar zur Überprüfung der Umsetzungsfortschritte wieder in Athen.

Portugal und Irland – Troika bestätigt deutliche Programmfortschritte.

Die Troika bestätigte, dass die Programme trotz schwieriger makroökonomischer Rahmenbedingungen vereinbarungsgemäß und mit Erfolg umgesetzt werden. Beide Länder haben bekräftigt, dass sie planmäßig an die Märkte zurückkehren wollen. Um dies zu erleichtern, haben die Minister die Möglichkeit diskutiert, durch Anpassungen bei den Laufzeiten die Rückzahlungsprofile für EFSF- und EFSM-Kredite innerhalb der bestehenden Gesamtvolumina zu glätten. Entscheidungen wurden noch nicht getroffen. Die Troika wurde gebeten, mögliche Optionen für beide Länder auszuarbeiten.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

 Spanien – Programm wird wie vereinbart umgesetzt.

Die Kommission hat die Ergebnisse des am 18. Februar 2013 vorgelegten zweiten Umsetzungsberichts zum Bankenprogramm vorgestellt. Nach Einschätzung von Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) wird das Programm vereinbarungsgemäß umgesetzt. Die Kommission geht gegenwärtig davon aus, dass keine weiteren ESM-Mittel – über die bereits ausgezahlten ersten beiden Tranchen im Volumen von insgesamt rund 41 ½ Mrd. € hinaus – benötigt werden.

### Direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM – Diskussionen gehen weiter

Die Minister haben zu den Zulassungskriterien und zur Frage einer rückwirkenden Anwendung des geplanten ESM-Instruments ihre Positionen ausgetauscht: Entscheidungen wurden nicht getroffen. Bei den Zulassungskriterien ist wichtig, dass der ESM lender of last resort bleibt und die direkte Bankenrekapitalisierung nur dann zum Tragen kommen kann, wenn die vorrangigen Optionen - Beteiligung der Eigentümer, der Gläubiger oder des Mitgliedstaats nicht ausreichend sind, um eine Bank zu stabilisieren. Was die Frage der rückwirkenden Anwendung anbelangt, ist aus Sicht der Bundesregierung wichtig, dass eine mögliche direkte Bankenrekapitalisierung nur für neue (d. h. nach Einrichtung einer europäischen Aufsicht auftretende) Fälle vorgesehen wird, da die verfügbaren Ressourcen sehr begrenzt sind.

Hauptthemen der Tagung des ECOFIN-Rates am 5. März 2013 waren die geänderten Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen von Finanzinstitutionen sowie das Gesetzespaket für eine verbesserte wirtschaftspolitische Steuerung im Euroraum.

### Geänderte Vorschriften für Eigenkapitalanforderungen (CRD IV) – Breite politische Zustimmung im Rat

Im Rat gab es eine breite politische Zustimmung zu dem im Trilog zwischen Präsidentschaft, Kommission und Europäischem Parlament ausgehandelten Kompromisspaket über geänderte Vorschriften für Eigenkapitalanforderungen. Das Paket umfasst die Punkte länderbezogene Offenlegungspflichten, EBA-Rechte, makroprudenzielle Maßnahmen der Mitgliedstaaten, zusätzliche Puffer für systemrelevante Banken und Vergütung. Das Vereinigte Königreich lehnt den Kompromiss unter Verweis auf die vorgesehenen Regelungen zur Vergütung bisher ab. Einzelne technische Punkte müssen in den kommenden zwei Wochen noch konkretisiert werden. Die formelle Verabschiedung kann erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments erfolgen. Die Präsidentschaft strebt eine Finalisierung für Ende März an.

### Reformen zur finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung für die Länder des Euroraums

Der ECOFIN-Rat billigte die im Trilog ausgehandelte Einigung zu den zwei Verordnungen des sogenannten Zweierpakets. Das Zweierpaket ergänzt die 2011 vereinbarten Reformen zur finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung für die Länder des Euroraums. U. a. erhält die Kommission die Möglichkeit, Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten in einem frühen Stadium zu überwachen und gegebenenfalls den Mitgliedstaat zur Überarbeitung der Haushaltsplanungen aufzufordern, wenn diese nicht den Vorgaben des Stabilitätsund Wachstumspaktes entsprechen. Das Europäische Parlament hat das Paket am 12. März 2013 gebilligt. Die formelle Annahme des Pakets wird voraussichtlich im Mai erfolgen. Das Zweierpaket kann damit noch rechtzeitig für die Planungen und Beratungen der Haushalte für 2014 in Kraft treten.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

### Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer – Kompromiss bis Sommer angestrebt

Die Minister diskutierten das von der Präsidentschaft vorgelegte Paket zur Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer. Es sieht vor, durch Einführung eines schnellen Reaktionsmechanismus und die Ausdehnung der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (sogenannte reverse-charge-Verfahren) die Betrugsanfälligkeit der Umsatzsteuer zu reduzieren. Die Vorschläge wurden zwar im Ansatz breit unterstützt, aber weder die Ausdehnung der Umkehrung der Steuerschuld noch der Vorschlag für einen schnellen Reaktionsmechanismus waren konsensfähig. Einige Mitgliedstaaten wünschten Ausdehnungen bei der Umkehrung der Steuerschuld, andere lehnten dies ab. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, lehnte die aus einer Übertragung der Durchführungsbefugnisse auf die Kommission resultierende Durchbrechung des Einstimmigkeitsprinzips im Steuerbereich auch angesichts der damit verbundenen Präzedenzwirkung ab. Die Präsidentschaft wird die Arbeiten an dem Paket auf Arbeitsebene fortsetzen mit dem Ziel, bis zum Sommer einen Kompromiss zu finden, der diesen Vorbehalten Rechnung trägt.

### Stand laufender Gesetzgebungsverfahren

Die Präsidentschaft berichtete über die laufenden Gesetzgebungsverfahren:

- Die Vorschläge für einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus werden prioritär behandelt. Die Präsidentschaft zeigte sich zuversichtlich, das Dossier bis zum Frühsommer abschließen zu können.
- Zur Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken sind im März mehrere Ratsarbeitsgruppensitzungen vorgesehen. Die Präsidentschaft strebt zügig eine Allgemeine Ausrichtung an, als

Grundlage für nach Möglichkeit bereits im April beginnende Trilogverhandlungen.

- Auch hinsichtlich der Reform der Finanzmarktrichtlinie hofft die Präsidentschaft auf eine baldige Allgemeine Ausrichtung.
- Für die Hypothekarkredit-Richtlinie rechnet die Präsidentschaft mit einer finalen Einigung zwischen Rat und Europäischen Parlament in den kommenden Wochen.

### Bericht über die Qualität der öffentlichen Ausgaben

Ferner hat der ECOFIN-Rat den von der Kommission vorgelegten Bericht über die Qualität der öffentlichen Ausgaben begrüßt und die vom Wirtschafts- und Finanzausschuss vorbereiteten Ratsschlussfolgerungen einstimmig verabschiedet.

### Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – Vorbereitung des Europäischen Rates im März

Zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 14. und 15. März 2013 fand zum Themenkomplex Vertiefung der Wirtschaftsund Währungsunion (WWU) ein kurzer Meinungsaustausch zu den vom Europäischen Rat im Dezember 2012 identifizierten Punkten Vorabkoordinierung von Wirtschaftsreformen, vertragliche Vereinbarungen und mögliche Solidaritätsmechanismen statt. In der Aussprache wurde unterstrichen, dass die geplanten Vorabkonsultationen zu wichtigen Reformvorhaben aufwändige Bürokratie vermeiden und auf wichtige Vorhaben mit möglichen Effekten auf andere Mitgliedstaaten beschränkt werden sollten. Auch muss die Rolle der nationalen Parlamente im Verfahren gewahrt bleiben. Die Mitgliedstaaten befürworten eine Einbettung in das Europäische Semester, jedoch muss das Verfahren flexibel sein, um stets eine zeitnahe Diskussion zu ermöglichen und nationale

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Abläufe nicht zu behindern. Hinsichtlich der vertraglichen Vereinbarungen betonten die Delegationen, dass die Mitgliedstaaten die in den Vereinbarungen festzulegenden Maßnahmen annehmen und umsetzen müssen (ownership). Zum Umfang und zur Finanzierung eines möglichen begleitenden finanziellen Solidaritätsmechanismus gab es kein einheitliches Meinungsbild. Die Präsidentschaft wird über die Diskussion in Form eines Briefes an den Vorsitzenden des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, berichten.

### G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure

Präsidentschaft und Kommission gaben einen kurzen Überblick über die Ergebnisse des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure vom 15. und 16. Februar 2013 in Moskau. Die Minister erteilten dem Wirtschafts- und Finanzausschuss das Mandat zur Vorbereitung einer gemeinsamen Sprachregelung der EU für das G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten am Rande der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 19. bis 21. April 2013 in Washington.

#### Ausblick

Das nächste reguläre Treffen der Eurogruppe findet am 12. April 2013 statt. Die ECOFIN-Finanzminister kommen am 12. und 13. April 2013 zu einem informellen Treffen zusammen. Gastgeber beider Treffen in Dublin ist die irische Präsidentschaft.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

12./13. April 2013	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Dublin/Irland
18./19. April 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
19./20. April 2013	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
7. Mai 2013	Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat in Berlin
10./11. Mai 2013	G7-Finanzminister-Treffen in Buckinghamshire/London
13./14. Mai 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
22. Mai 2013	Europäischer Rat in Brüssel
20./21. Juni 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
27./28. Juni 2013	Europäischer Rat in Brüssel
19. Juli 2013	Treffen der G20-Finanz- und -Arbeitsminister in Moskau
19./20. Juli 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
13. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS) (siehe http://dsbb.imf.org/).

### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- An ABC of Taxes

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805/77 80 94<sup>1</sup>

 $^{1}$ Jeweils 0,14 €/Minute aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	67
1	Kreditmarktmittel	67
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016.	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	74
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2012	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	80
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	82
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	87
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	88
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	92
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	93
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	94
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	96
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	97
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	98
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	99
Abb.	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
_	Länder bis Dezember 2012	100
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012	
	2-e 2e	
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
2	Preisentwicklung	107
3	Außenwirtschaft	108
4	Einkommensverteilung	109
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	110
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	111
6	Prouktionspotenzial und -lücken	112
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	119

12	Preise und Löhne	122
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	124
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	125
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	126
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	127
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	128
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	129
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	130
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	134

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:		
	31. Dezember 2012			31. Januar 2013		
		in Mio. €				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	55 000	1 000	0	56 000		
Anleihen <sup>1</sup>	663 000	5 000	24000	644 000		
Bundesobligationen	221 000	5 000	0	226 000		
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	6818	0	160	6 658		
Bundesschatzanweisungen	121 000	5 000	0	126 000		
Unverzinsliche Schatzanweisungen	56 223	6 9 9 6	6 9 9 9	56 22 1		
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	229	0	23	206		
Tagesanleihe	1 725	2	73	1 654		
Schuldscheindarlehen	12 022	0	0	12 022		
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	2 3 1 7	0	0	2317		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 139 334			1 131 078		

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Dezember 2012			31. Januar 2013
		in M	lio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	219 752			219615
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	356 500			357 434
langfristig (mehr als 4 Jahre)	563 082			554028
Kreditmarktmittel insgesamt	1 139 334			1 131 078

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $<sup>^1</sup>$  10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2012	Belegung am 31. Dezember 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	127,4	119,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	42,1	39,1
FZ-Vorhaben	9,0	4,1	3,2
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,7	109,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	20,5

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations						
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme	
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing	
			in Mio	. €/€ m			
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-	
November	-	-	-	-	-	-	
Oktober	-	-	-	-	-	-	
September	-	-	-	-	-	-	
August	-	-	-	-	-	-	
Juli	-	-	-	-	-	-	
Juni	-	-	-	-	-	-	
Mai	-	-	-	-	-	-	
April	-	-	-	-	-	-	
März	-	-	-	-	-	-	
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168	
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222	
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480	
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749	
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178	
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697	
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379	
Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408	
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515	
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195	
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298	
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406	
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254	
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250	
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343	
November	273 451	233 578	-39818	-5 359	179	-34 280	
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712	
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244	
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851	
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202	
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335	
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257	
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544	
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554	
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841	
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861	

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Govern	ment Operations		
	Ausgabe	n Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditu	re Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mic	o. €/€ m		
2010 Dezemb	er 303 65	259 293	-44 323	0	311	-44 011
Novemb	er 278 00	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 88	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
Septemb	er 230 69	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 87	160 620	-49 202	-7736	125	-41 341
Juli	188 12	8 143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 29	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 24	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 09	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 85	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 45	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 35	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9118
2009 Dezemb	er 292 25	3 257 742	-34 461	0	313	-34 148
Novemb	er 270 18	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 98	204784	-39 150	-14 675	188	-24 287
Septemb	er 218 60	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 42	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	17651	7 148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 46	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 47	0 102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 67	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 02	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 61	5 36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 79	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Cowährlaistung
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-
	April	-	-	-	-	-
	März	-	-	-	-	-
	Februar	-	-	-	-	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1129 356	
	April	226 581	362 000	524 423	1113 004	
	März	214 444	351 945	545 695	1112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1118 475	
		219 621	344 056	542 868	1106 545	_
2011	Januar	222 506	341 194	553 871	1117 570	378
2011	Dezember November	228 850	353 022	549 155	1131 028	-
		232 949	346 948	536 229	1116125	_
	Oktober	239 900	341 817	545 495	1127 211	376
	September	237 224	357 519	534 543	1129 286	3.0
	August	239 195	350 434	528 649	1118 277	
	Juli !!	239 193	351 835	538 272	1128 355	361
	Juni	238 249				301
	Mai		364702	534 474	1131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1117 409	240
	März	240 084	349 779	525 593	1115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen <sup>1</sup>
			Outsta	nding debt		Gewannerstungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
<b>2010</b> Dezem	ber	234986	335 073	534991	1105 505	343
Novem	ber	231 952	347 673	526 944	1106 568	-
Oktob	er	232 952	341 728	515 041	1089 721	-
Septer	nber	233 889	336 633	526 289	1096 811	336
Augus		233 001	346 511	513 508	1093 020	-
Juli		232 000	339 551	507 692	1079 243	-
Juni		227 289	332 426	517873	1077 587	335
Mai		232 294	341 244	512 071	1085 609	-
April		238 248	334 207	499 124	1071 579	-
März		240 583	326 118	502 193	1068 193	311
Februa	г	242 829	335 135	491 171	1069 135	-
Januar		245 822	328 119	480 327	1054 268	-
<b>2009</b> Dezen	iber	243 437	320 444	489 805	1053 686	341
Novem	iber	251 872	329 401	487 457	1068 730	-
Oktob	er	254 058	323 454	476 480	1053 992	-
Septer	nber	257 522	315 355	483 546	1056 424	328
Augus	:	251 615	320 988	471 494	1044 097	-
Juli		248 055	320 433	465 971	1034 460	-
Juni		250 611	318 393	482 266	1051 270	325
Mai		239 984	330 289	469 327	1039 601	-
April		229 180	322 200	456 371	1007 751	-
März		214171	306 352	482 537	1003 060	319
Februa	г	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar		202 507	323 261	464 608	980 375	-

 $<sup>^{1}</sup> Ge w\"{a}hrle ist ungsdaten werden quartalsweise gemeldet.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	- 1,6
2. Einnahmen <sup>1</sup>	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,2
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,8
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-17,4
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	7,4	5,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	249,3	249,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	5,7	-0,3
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	232,4
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	22,5	17,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+11,5	- 3,8	-2,7	+43,0	- 4,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2013.

¹Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$ 

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic	). €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20619	20 825
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9 269	9 443	9 274	9 289	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	11331	10 324
Versorgung	6714	6 962	7 079	7 154	7 427	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4 500	4 620	4 682	4889	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 384	1 3 4 3
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10137	10 287	10396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	12 033	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	182 271
an Verwaltungen	12 930	14396	14114	15 930	17 090	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	8	9
Sondervermögen	4568	5 624	5518	5 2 7 6	5 552	5 912
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24 225	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26307	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 424	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 668	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5017	5 3 7 2
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	266 987

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6147	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	964
Grunderwerb	504	643	503	492	629	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14 944	14589	15 524	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 789	4 800
Länder	5 654	5 804	5 142	5 178	5 152	4737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	62
Sondervermögen	-	-	-	-	581	1
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 396
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 501	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	612
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	-	-	260	4	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	146
Ausland	225	282	269	311	348	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	11 864
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	2736	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	2 735	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1115	1 070	1 380
Ausland	1 473	1 618	1 587	1710	1 666	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2
Inland	26	13	13	0	0	175
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	34804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	302 000

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 542	50 596	25 197	18 867	-	6 532
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 921	5 640	3 535	1 298	-	808
2	Auswärtige Angelegenheiten	19 251	4536	505	173	-	3 858
3	Verteidigung	33 247	32 986	16219	15 764	-	1 003
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 791	3 434	2 179	984	-	272
5	Rechtsschutz	405	392	268	100	-	24
6	Finanzverwaltung	3 925	3 605	2 491	547	-	567
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 668	14 442	559	884	-	12 999
13	Hochschulen	3 978	2 989	11	10	-	2 968
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 435	2 435	-	-	-	2 435
15	Sonstiges Bildungswesen	663	587	10	62	-	515
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 844	7 897	537	808	-	6 552
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	748	534	1	4	-	529
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	153 929	152 494	235	597	-	151 662
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	108 688	108 688	56	-	-	108 632
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	8 129	8 129	-	2	-	8 127
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 394	2 044	-	29	-	2014
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	32 268	32 158	47	313	-	31 798
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	317	317	-	-	-	317
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	2 133	1 159	133	252	-	774
3	Gesundheit und Sport	1 398	906	301	313	-	292
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	464	393	167	179	-	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	464	393	167	179	-	47
32	Sport	130	116	-	4	-	112
33	Umwelt- und Naturschutz	397	245	86	71	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	407	152	48	60	-	44
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 089	873	-	40	-	833
41	Wohnungswesen	1 391	835	-	1	-	833
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	693	38	-	38	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	909	464	30	167	-	268
52	Verbesserung der Agrarstruktur	560	150	-	1	-	149
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	118	118	-	70	-	48
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	118	118	-	70	-	48
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	231	196	30	96	-	71

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	940	2 835	12 171	15 946	15 924
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	17	-	281	281
2	Auswärtige Angelegenheiten	93	2 653	11 969	14715	14714
3	Verteidigung	212	49	-	261	239
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	241	116	-	357	357
5	Rechtsschutz	13	-	-	13	13
6	Finanzverwaltung	119	0	202	320	320
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	151	3 075	-	3 226	3 226
13	Hochschulen	1	988	-	989	989
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	76	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	149	1 798	-	1 947	1 947
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	213	-	214	214
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	1 426	1	1 435	981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	349	1	351	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	105	-	110	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	972	-	974	974
3	Gesundheit und Sport	313	179	-	492	492
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	59	12	-	71	71
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	59	12	-	71	71
32	Sport	-	14	-	14	14
33	Umwelt- und Naturschutz	9	143	-	151	151
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	246	10	-	255	255
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 215	1	1 216	1 216
41	Wohnungswesen	-	555	1	556	556
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	655	-	655	655
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	440	0	445	445
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	0	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	30	-	35	35

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 179	2 327	63	509	-	1 755
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	794	638	-	385	-	253
621	Kernenergie	315	224	-	-	-	224
622	Erneuerbare Energieformen	70	32	-	3	-	29
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	409	383	-	383	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1384	1 369	-	0	-	1 369
64	Handel	58	58	-	7	-	52
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	817	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 126	252	63	109	-	80
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 110	4 147	1 067	2 009	-	1 071
72	Straßen	7 443	1 093	-	946	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 745	971	524	376	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	315	4	-	-	-	4
	Luftfahrt	180	178	47	19	-	113
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 4 2 6	1 901	496	668	-	736
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 385	12 194	-	1	-	12 193
81	Wirtschaftsunternehmen	11 201	7 020	-	1	-	7018
832	Eisenbahnen	4 165	72	-	0	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 0 3 6	6 948	-	1	-	6 9 4 7
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 184	5 174	-	-	-	5 174
873	Sondervermögen	5 174	5 174	-	-	-	5 174
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	31 565	31 526	593	316	30 487	130
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	168	129	-	-	-	129
92	Schulden	30 491	30 491	-	4	30 487	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	906	906	593	312	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	306 775	269 971	28 046	23 703	30 487	187 734

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 1st 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	118	867	867	1 852	1 852
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	92	64	-	156	156
621	Kernenergie	92	-	-	92	92
622	Erneuerbare Energieformen	-	38	-	38	38
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	26	-	26	26
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	15	-	15	15
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	26	782	-	807	807
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	6	867	874	874
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 215	1 748	-	7 963	7 963
72	Straßen	4934	1 416	-	6 3 5 0	6 350
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	774	-	-	774	774
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	311	-	311	311
75	Luftfahrt	2	-	-	2	2
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	505	20	-	525	525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	4 181	-	4 191	4 187
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4181	-	4181	4 177
832	Eisenbahnen	-	4 0 9 3	-	4 093	4093
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	88	-	88	84
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	-	-	10	10
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	10	10
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	0	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	0	0	0
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 760	16 005	13 040	36 804	36 324

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes Antoil am Finanziorungdaaldo dos	/0	0,1	111,2	00,2	07,0	·	7.5,5	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	- 1,6
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 17,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	-0,3	-0,3	-0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,4
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	140	140	15.0	14.4	142	12.1	12.0	12.0
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,5
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41,2
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 4,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38,1
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,6
Anteil am gesamten	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42,1
Steueraufkommen <sup>3</sup>									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	5,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	49,1
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	-84,9	- 86,4
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $<sup>^2\,</sup>Ab\,1991\,Gesamt deutschland.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	784 1/2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	760
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-24 1/2
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	300 1/2
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	294
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-6
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	190
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	3
			Veränderun	igen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	1 1/2
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Länder							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	1
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	3 1/2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2	-1,0	-1
darunter:							
Bund	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7	-0,9
Länder	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4	-0
Gemeinden	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3	-3
darunter:							
Bund	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0	-7 1/2
Länder	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5	-2
Gemeinden	1,8	5,1	5,0	-4,2	-3,8	-0,9	1 1/2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,6	26,7	27,5	30,2	28,7	29,8	29 1/2
darunter:							
Bund	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4	11,6
Länder	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4	11 1/2
Gemeinden	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1	7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Januar 2013.

 $<sup>^{\</sup>mathrm{2}}$  Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Kernhaushalte}; bis\,2010\,\mathrm{Rechnungsergebnisse}; 2011:\,\mathrm{Kassenergebnisse}; 2012:\,\mathrm{Sch\"{a}tzung}.$ 

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
	!		dav	on .	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd.€		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 <sup>2</sup>	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5
2013 <sup>2</sup>	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2
2014 <sup>2</sup>	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3
2015 <sup>2</sup>	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6
2016 <sup>2</sup>	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0
2017 <sup>2</sup>	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Oktober 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgre	enzung der Finanzst	atistik <sup>3</sup>
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,4	23,4	17,0	38 1/2	22 1/2	16

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jani	ilisgesailit	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,
1980	46,9	29,6	17,
1985	45,2	27,8	17,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,2	28,2	18,
1992	47,1	27,9	19,
1993	48,1	28,2	19,
1994	48,0	28,0	20,
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	20,
1995	54,9	34,3	20,
1996	49,1	27,6	21,
1997	48,2	27,0	21,
1998	48,0	26,9	21,
1999	48,2	27,0	21,
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	21,
2000	45,1	23,9	21,
2001	47,6	26,3	21,
2002	47,9	26,2	21,
2003	48,5	26,4	22,
2004	47,1	25,8	21,
2005	46,9	26,0	20,
2006	45,3	25,4	19,
2007	43,5	24,5	19,
2008	44,1	25,0	19,
2009	48,2	27,1	21,
2010	47,7	27,4	20,
2011	45,3	25,7	19,
2012	45,0	25,5	19,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>2009</sup> bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

<sup>2012:</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	3654
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite. \\$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$ 

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schuld insgesamt			in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6 873		0,3	0,3		0,3	0,
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup> Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz}\mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozialver}\mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$ 

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzur	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesam	trechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt <sup>a</sup>
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 <sup>4</sup>	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-	-
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0
2012	4,2	-12,8	17,0	0,2	-0,5	0,6	-24 1/2	-1

 $<sup>^{\</sup>rm 1}\,\textsc{Bis}\,1990\,\textsc{fr\"{u}}\textsc{heres}\,\textsc{Bundesgebiet}, ab\,1991\,\textsc{Deutschland}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2009 Rechnungsergebniss, 2010 bis 2011 Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $<sup>^{\</sup>rm 5}$  Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2

 $<sup>^{1}</sup>$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

 $Stand: November\,2012.$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lored					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $<sup>^{1}</sup>$  Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011			
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1			
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1			
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4			
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2			
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2			
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2			
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9			
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0			
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2			
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1			
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-			
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-			
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5			
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5			
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8			
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8			
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6			
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3			
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5			
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	ısgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,2	45,5	45,3
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,1	54,1	54,2	54,3
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	41,2	39,5	37,8
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,5	55,3	54,9	55,1
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	56,0	56,3	56,7	56,7
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,7	50,7	49,6	48,1
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,7	66,1	48,2	42,6	41,5	39,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	51,0	50,5	50,0
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,8	42,0	44,3	44,2	44,7
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	43,8	43,3	42,5	42,3	42,6	43,2	42,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	49,9	49,9	49,8
Österreich	53,6	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,6	51,6	51,3	50,4
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,2	49,4	46,7	47,5	45,3
Slowakei	-	_	48,6	52,1	38,0	34,9	41,5	40,0	38,2	37,6	36,7	36,1
Slowenien	-	_	52,3	46,5	45,3	44,3	49,1	50,3	50,7	48,8	49,7	49,2
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	44,3	42,7	42,3
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,1	46,9	47,1	47,4
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	36,4	37,0	37,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	57,8	57,6	57,9	59,6	57,0	56,0
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	44,5	43,7	38,4	36,8	35,6	34,8
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	43,7	40,8	37,4	36,8	36,2	35,4
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,6	42,8	42,2	41,8
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	37,9	36,1	36,0	35,7
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,4	51,4	50,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	43,6	43,3	42,9
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,9	49,0	49,6
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,6	36,8	43,8	47,7	51,4	50,4	48,5	48,4	47,2	45,7
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,5	49,4	49,1
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,1	48,8	48,2
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,4	39,9	39,6
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,8	41,4	42,8	43,7	43,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$ 

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2012 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

# noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8		
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	-287,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0		
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2		
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9		

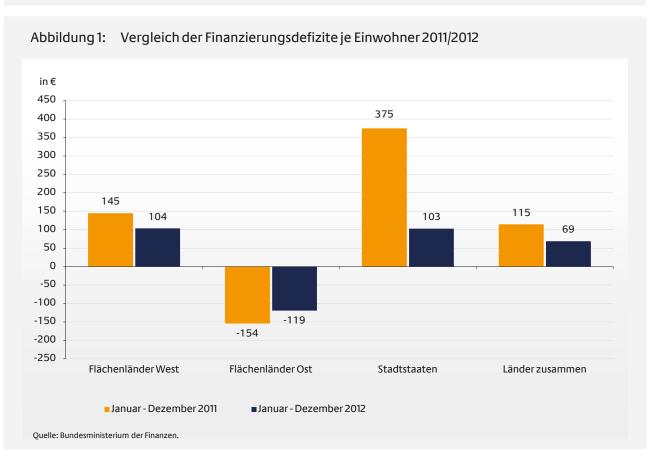
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	204 375	209 297	51 033	52 480	36 375	37 730	285 250	292 46
darunter:								
Steuereinnahmen	160 253	162 406	28 344	29 757	22 854	22 785	211 451	21494
Übrige Einnahmen	44 122	46 891	22 690	22 723	13 521	14 946	73 799	77 51
Bereinigte Ausgaben	216 611	215 847	51 463	50 957	38 511	38 345	300 053	298 10
darunter:								
Personalausgaben	83 991	82 882	12 553	12 404	10974	11 845	107518	107 13
Lfd. Sachaufwand	14062	14070	3 693	3 580	8 296	8 989	26 051	26 639
Zinsausgaben	13 351	12 494	2 997	2 583	3 830	3 487	20 177	18 56
Sachinvestitionen	4320	4107	1 633	1 675	819	802	6771	6 584
Zahlungen an Verwaltungen	61 059	61 895	18 045	18 322	1 132	1 161	73 702	74 332
Übrige Ausgaben	39 829	40 400	12 544	12 392	13 461	12 062	65 834	64 85
Finanzierungssaldo	-12 237	-6 550	- 430	1 523	-2 126	- 615	-14 792	-5 64



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2012

		-	ezember 201	1	No	in Mio. € vember 2012			ezember 201	2
Lfd.		L	ezember zur	1	INU	verriber 2012		U	ezembei zon	_
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	278 520	285 080	544 239	240 077	257 190	479 584	283 956	292 462	556 65
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	272 135	267 049	539 184	236 511	246 116	482 628	278 101	279 941	558 04
111	Steuereinnahmen	248 066	202 331	450 396	219 708	188 873	408 581	256 086	214947	471 03
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 482	51 090	58 572	3 155	46 947	50 103	6 631	54 046	60 67
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 536	2 536	-	2 118	2 1 1 8	-	3 134	3 13
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	6385	18 031	24416	3 565	11 074	14639	5 855	12 520	18 37
121	Veräußerungserlöse	3 307	558	3 865	1 739	1 098	2 838	3 773	1 228	5 00
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 579	107	2 686	1 572	786	2 359	3 530	815	434
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	719	12 659	13 378	380	5 787	6167	379	6 455	6 83
_	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>	206 220	204 445	574 D44	204 560	250 257	F22.04F	200 775	200 402	505.44
2	für das laufende Haushaltsjahr	296 228	294 445	571 311	281 560	269 067	532 945	306 775	298 103	585 11
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	258 436	528 592	252 217	243 681	495 898	269 971	265 554	535 52
211	Personalausgaben	27 856	104 470	132 326	26 586	101 133	127718	28 046	107 131	135 17
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 745	29 724	37 469	7 659	29 444	37 103	7 988	30 997	38 98
212	Laufender Sachaufwand	20 671	26 086	46 757	18 764	23 625	42 389	22 361	26 639	49 00
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 976	17 212	27 188	9 9 4 3	15 178	25 121	11 404	17311	28 71
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	32 800	19 291	52 091	30 642	17 790	48 431	30 487	18 564	49 05
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	15 929	60 667	76 597	15 583	55 838	71 421	17 090	64 188	81 27
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	540	540	-	82	82	-	- 121	-12
2142	Zuweisungen an Gemeinden	12	55 220	55 231	8	51914	51 921	8	59 255	59 26
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 008	62 081	29 343	25 386	54729	36 804	32 549	69 35
221	Sachinvestitionen	7 175	7 264	14 440	6 2 6 2	4929	11 191	7 760	6 584	1434
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 243	13 932	19 175	4261	7 843	12 104	5 790	10 144	15 93
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	25 378	35 253	60 630	28 900	25 062	53 962	36324	32 125	68 44

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
		D	ezember 201	1	Nov	ember 2012	2	De	ezember 201	2
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-17 667 <sup>2</sup>	-9 365	-27 032	-41 410 ²	-11 878	-53 288	-22 774 <sup>2</sup>	-5 642	-28 41
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	277 327	85 913	363 240	239 427	72 207	311 634	250 914	84 343	335 257
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	259 983	83 219	343 202	206 678	80514	287 192	228 434	85 383	313 81
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	17343	2 694	20 037	32 749	-8 307	24 442	22 480	-1 040	21 440
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-10 473	4 141	-6 332	-17 923	5 866	-12 058	-17 665	5 159	-12 50
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14888	14888	-	16 404	16 404	-	15 937	15 93
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	10 473	-885	9 589	17 925	-8341,8	9583	17 875	-5 967	11 90

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	39 010	45 220 ª	9 829	20 431	7 261	25 777	54 572	13 073	3 26
11	Einnahmen der laufenden Rechung	37 886	43 420	9 552	19 839	6 5 4 6	24 403	52 608	12 606	3 16
11	Steuereinnahmen	29 662	35 238	5 787	16 385	3 805	18 893 4	43 415	9711	2 32
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 414	4275	3 146	2 299	2 383	3 014	6 701	2 143	72
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	232	-	182	13	324	145	5
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	528	-	460	116	563	237	10
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 124	1 800 a	278	592	715	1 373	1 964	467	103
121	Veräußerungserlöse	60	0	15	39	5	716	40	37	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	-	714	26	36	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	701	975	-26	474	324	539	1 179	264	7
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	38 944	43 826 b	10 099	22 068	7 098	26 606	58 132	14 209	3 94
	<b>Haushaltsjahr</b> Ausgaben der laufenden									
21	Rechnung	35 496	38 873 b	8 728	19 982	5 8 2 9	24352	52 047	12 427	3 54
211	Personalausgaben	14 835	18 083	2 235	8 063	1 749	9926 2	21 771 <sup>2</sup>	5 3 9 7	1 36
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4766	5 243	184	2 641	116	3 180	7 424	1 699	53
212	Laufender Sachaufwand	2 093	3 338 °	604	1 696	427	1814	3 367	1 048	19
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 756	2 633 ℃	509	1 308	374	1 485	2 531	868	17
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 672	1 035 <sup>d</sup>	574	1 396	367	1874	4137	967	50
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11 573	11 933	3 521	5 680	2 209	6783	13 778	3 004	69
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	2 582	3 798	-	1 726	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 921	8 029	3 021	3 895	1 758	6781	13 122	2 929	55
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 448	4 953	1 370	2 086	1 269	2 255	6 085	1 782	40
221	Sachinvestitionen	743	1 624	131	696	299	272	483	92	5
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 435	1 720	506	751	395	356	1 958	555	8
223	nachrichtlich:	3 401	4888	1 370	2 058	1 269	2 254	5911	1 759	38

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	66	1 394 °	- 269	-1 637	163	- 830	-3 560	-1 136	- 679
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7 938	2 830 <sup>f</sup>	3 662	5 983	940	4 0 4 5	19 248	8 458	1 54
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 943	3 832 <sup>f</sup>	4 3 6 3	5 000	1 026	5 952	18 258	7 5 7 8	1 17
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 5	-1 002 <sup>g</sup>	- 701	983	- 86	-1 907	990	880	36
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	165	994	990	622	129
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 094	3 276	23	1 231	91	1 853	780	2	60
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 648	-	219	577	413	- 285	-1 599	- 622	29

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Januar-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 346,9 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 346,8 Mio. €, e 28,8 Mio. €, f 800,0 Mio. €, g Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von 1001,6 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

 $<sup>^4</sup>$  NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio.  $\in$  .

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	16 473	9 814	9 129	9 103	22 568	4 123	11 114	292 462
11	Rechung	15 308	9 2 7 6	8 800	8 412	21 556	4016	10 852	279 941
l11 l12	Steuereinnahmen Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 629 5 103	5 420 3 326	6 781 1 486	5 115 2 887	11 616 7 867	1 386	8 909 897	214 947 54 046
1121	darunter: Allgemeine BEZ	410	231	98	225	1 063	172	- 15	3 134
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	987	571	161	560	3 433	581	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 165	537	329	691	1 012	107	263	12 520
121	Veräußerungserlöse	1	3	9	42	176	1	77	1 2 2 8
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	2	815
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	574	311	170	312	356	74	158	6 455
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	15 220	9 783	9 297	8 757	21 941	4 676	11 803	298 103
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 464	8 496	8 510	7 618	20 455	4166	10870	265 554
211	Personalausgaben	3 680	2 416	3 446	2324	6760	1 424	3 661	107 131
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	203	189	1 224	159	1 694	475	1 267	30 997
212	Laufender Sachaufwand	959	895	516	695	5 3 4 9	720	2 920	26 639
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	688	337	434	374	2 445	338	1 055	17311
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	311	712	908	620	2 092	610	785	18 564
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4839	2 670	2 387	2 537	301	197	381	64 188
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	75	- 121
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 577	2 204	2 299	2 126	8	12	14	59 255
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 756	1 288	787	1 140	1 487	509	933	32 549
221	Sachinvestitionen	748	249	142	248	283	84	436	6 584
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	894	439	377	313	129	173	55	10 144
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 757	1 288	785	1 139	1 427	502	932	32 125

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2012

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 253	31	- 168	346	627	- 553	- 689	-5 642
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	820	4414	2 873	1 364	7 441	9 548	3 240	84 343
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	789	4 434	2 967	1 527	8 015	9 281	3 243	85 383
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	31	- 20	-94	- 163	- 575	266	-3	-1 040
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 272	-	-	253	659	75	5 159
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 820	64	-	-	351	494	2 250	15 937
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 382	- 157	101	- 244	- 950	- 686	-5 967

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nderfinanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Januar-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 346,9 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 346,8 Mio. €, e 28,8 Mio. €, f 800,0 Mio. €, g Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von 1001,6 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

 $<sup>^4</sup>$  NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio.  $\in$  .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Erwerbsta	ätige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Veränderung in % p.a.			in%
1991	38,7		51,2	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,3	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+1,1	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,2	+0,2	17,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2013.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,1	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,7	+1,6	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,6	+2,2

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeit nehmer entgelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+4,7	+3,6	151,6	167,2	51,5	45,8	5,7	6,3
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,5	+4,4	144,2	157,0	47,7	42,0	5,8	6,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	V	eränderung in % p.a	ı <b>.</b>	ir	1%	Veränderung in % p.a.	
1991			•	70,8	70,8	•	
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,3	+0,5
2012	+1,8	-1,9	+3,7	68,1	69,5	+2,7	+0,6
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,5	-1,4	+3,0	66,3	67,7	+2,1	+0,6

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 16. Januar 2013

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

 Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, im Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel\_Migration/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-Bundes. ktml).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 794,9	-18,9	0,190	-3,6
2015	2 891,3	2 878,9	-12,3	0,190	-2,3
2016	2 970,6	2 965,5	-5,0	0,190	-1,0
2017	3 054,7	3 054,7	0,0	0,190	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken			
	preisbo	ereinigt	nom	inal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,2	2,3	19,5	2,3
1981	1 414,3	+2,2	889,5	+6,5	8,9	0,6	5,6	0,6
1982	1 443,0	+2,0	949,1	+6,7	-25,4	-1,8	-16,7	-1,8
1983	1 471,9	+2,0	995,3	+4,9	-32,0	-2,2	-21,6	-2,2
1984	1 502,0	+2,0	1 035,8	+4,1	-21,5	-1,4	-14,8	-1,4
1985	1 533,2	+2,1	1 079,8	+4,2	-18,1	-1,2	-12,8	-1,2
1986	1 567,9	+2,3	1 137,4	+5,3	-18,3	-1,2	-13,3	-1,2
1987	1 604,6	+2,3	1 178,9	+3,6	-33,2	-2,1	-24,4	-2,1
1988	1 644,5	+2,5	1 228,6	+4,2	-14,8	-0,9	-11,1	-0,9
1989	1 690,1	+2,8	1 299,0	+5,7	3,1	0,2	2,4	0,2
1990	1 740,0	+3,0	1 382,9	+6,5	42,1	2,4	33,5	2,4
1991	1 793,1	+3,1	1 469,0	+6,2	80,1	4,5	65,6	4,5
1992	1 847,3	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3
1993	1 895,8	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3
1994	1 935,6	+2,1	1 781,3	+4,6	0,9	0,0	0,9	0,0
1995	1 970,4	+1,8	1 849,8	+3,8	-1,4	-0,1	-1,3	-0,1
1996	2 002,1	+1,6	1 891,5	+2,3	-17,5	-0,9	-16,5	-0,9
1997	2 032,0	+1,5	1 924,8	+1,8	-12,9	-0,6	-12,2	-0,6
1998	2 061,9	+1,5	1 964,7	+2,1	-5,2	-0,3	-5,0	-0,3
1999	2 094,0	+1,6	1 999,1	+1,8	1,2	0,1	1,1	0,1
2000	2 127,5	+1,6	2 017,4	+0,9	31,8	1,5	30,1	1,5
2001	2 160,5	+1,6	2 071,7	+2,7	31,5	1,5	30,2	1,5
2002	2 191,6	+1,4	2 131,7	+2,9	0,6	0,0	0,5	0,0
2003	2 220,1	+1,3	2 183,1	+2,4	-36,2	-1,6	-35,6	-1,6
2004	2 248,2	+1,3	2 234,4	+2,4	-38,9	-1,7	-38,7	-1,7
2005	2 275,8	+1,2	2 275,8	+1,9	-51,4	-2,3	-51,4	-2,3
2006	2 305,3	+1,3	2 312,5	+1,6	1,4	0,1	1,4	0,1
2007	2 335,3	+1,3	2 380,8	+3,0	46,8	2,0	47,7	2,0
2008	2 363,6	+1,2	2 428,3	+2,0	44,3	1,9	45,5	1,9
2009	2 385,3	+0,9	2 479,4	+2,1	-100,9	-4,2	-104,9	-4,2
2010	2 409,7	+1,0	2 527,9	+2,0	-30,2	-1,3	-31,7	-1,3
2011	2 439,3	+1,2	2 579,7	+2,0	12,2	0,5	12,9	0,5
2012	2 471,5	+1,3	2 648,3	+2,7	-3,1	-0,1	-3,3	-0,1
2013	2 504,1	+1,3	2 731,7	+3,1	-24,9	-1,0	-27,2	-1,0
2014	2 536,6	+1,3	2 813,7	+3,0	-17,0	-0,7	-18,9	-0,7
2015	2 565,6	+1,1	2 891,3	+2,8	-10,9	-0,4	-12,3	-0,4
2016	2 594,6	+1,1	2 970,6	+2,7	-4,4	-0,2	-5,0	-0,2
2017	2 626,2	+1,2	3 054,7	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,1	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,3	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,3	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,6	0,4	0,4
2014	+1,3	0,6	0,3	0,3
2015	+1,1	0,7	0,1	0,4
2016	+1,1	0,7	0,0	0,4
2017	+1,2	0,8	0,1	0,4

 $<sup>^1</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt <sup>1</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 468,4	+0,7	2 645,0	+2,0
2013	2 479,2	+0,4	2 704,5	+2,3
2014	2 519,5	+1,6	2 794,9	+3,3
2015	2 554,6	+1,4	2 878,9	+3,0
2016	2 590,2	+1,4	2 965,5	+3,0
2017	2 626,2	+1,4	3 054,7	+3,0

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete \ Volumen angaben, berechnet auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ ver\"{o}ffentlichten \ Indexwerte \ (2005 = 100).$ 

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah	
960	54 632			59,9	32 275		
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
963	55 035	+0,4		60,4	32917	+0,2	
964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,7	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,4	
1990	60 955	+0,4	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1990	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1	
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1	
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,3	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4
2012	63 123	-0,2	69,4	69,6	41 586	+1,0
2013	62 981	-0,2	69,7	69,8	41 602	+0,0
2014	62 739	-0,4	70,0	70,0	41 682	+0,2
2015	62 422	-0,5	70,3	70,3	41 761	+0,2
2016	62 086	-0,5	70,6	70,7	41 840	+0,2
2017	61 815	-0,4	70,9	70,9	41 920	+0,2
2018	61 603	-0,3	71,1	71,1		
2019	61 380	-0,4	71,4	71,4		
2020	61 262	-0,2	71,6	71,6		

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1, angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
1960			2 165		25 095		1,4	
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 3 1 9	-2,3	3,1	1,
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,7
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,7
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,0
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,:
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,:
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,!
1996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAIKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 401	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9
2011	1 398	-0,3	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4
2012	1 394	-0,3	1 396	-0,7	37 041	+1,1	5,3	5,8
2013	1 391	-0,2	1384	-0,9	37 068	+0,1	5,3	5,3
2014	1 389	-0,1	1387	+0,2	37 130	+0,2	5,1	4,8
2015	1 389	-0,0	1 388	+0,1	37 200	+0,2	4,9	4,5
2016	1 389	+0,0	1 390	+0,1	37 270	+0,2	4,6	4,4
2017	1 390	+0,1	1 391	+0,1	37 340	+0,2	4,4	4,3
2018	1 391	+0,1	1 392	+0,1				
2019	1 393	+0,1	1 393	+0,1				
2020	1 394	+0,1	1 394	+0,1				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 3 0 7, 7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	429,5	-2,1	2,4
2013	12 523,8	+1,1	431,6	+0,5	2,4
2014	12 648,3	+1,0	449,5	+4,1	2,6
2015	12 779,8	+1,0	461,9	+2,8	2,6
2016	12 923,2	+1,1	474,7	+2,8	2,6
2017	13 075,6	+1,2	487,8	+2,8	2,6

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4188
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3674
1987	-7,3662	-7,3524
1988	-7,3450	-7,3361
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3011
1991	-7,2573	-7,2837
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2407
1995	-7,2238	-7,2296
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2100
1998	-7,2001	-7,2008
1999	-7,1966	-7,1915
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1320
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1476	-7,1153
2010	-7,1254	-7,1103
2011	-7,1084	-7,1054
2012	-7,1075	-7,1003
2013	-7,1012	-7,0945
2014	-7,0912	-7,0882
2015	-7,0829	-7,0814
2016	-7,0749	-7,0742
2017	-7,0671	-7,0667

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,2	+1,3	110,3	+1,6	1 373,8	+3,6
2013	109,1	+1,8	112,2	+1,7	1 406,4	+2,4
2014	110,9	+1,7	114,2	+1,8	1 446,8	+2,9
2015	112,7	+1,6	116,2	+1,7	1 485,9	+2,7
2016	114,5	+1,6	118,2	+1,7	1 525,7	+2,7
2017	116,3	+1,6	120,2	+1,7	1 566,6	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	ıgen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

#### Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1985\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2012.$ 

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reale	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des no ruttoinlan	ominalen dprodukts	3
	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,8
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,6
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,1
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,5
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,3
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,4
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,7
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,9
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,8
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,0
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,8

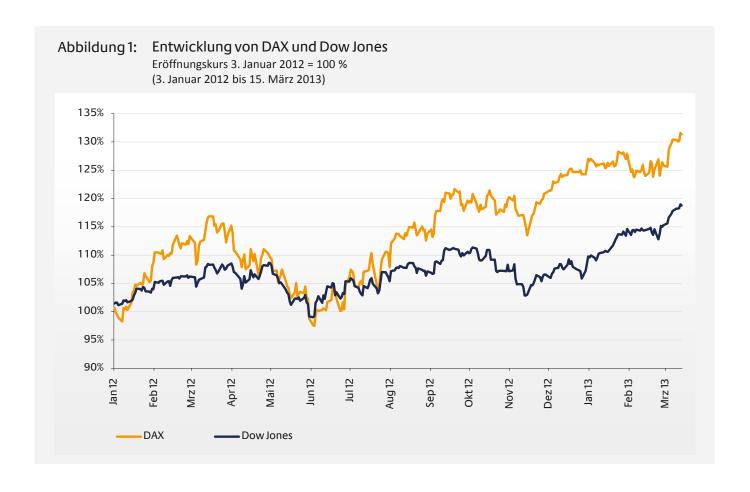
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.

# 

	••	
T       47		
	LIDARCICHT WALTTINGH	7 m 2 rvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinan:	ZIIIAIKLE

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	14539	13 104	+11,0	12 101	14 539
Euro Stoxx 50	2 745	2 636	+4,1	2 069	2 749
Dax	8 058	7 612	+5,9	5 9 6 9	8 058
CAC 40	3 872	3 641	+6,3	2 950	3 872
Nikkei	12 381	10 395	+19,1	8 296	12 381
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.03.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,04	1,77	-	1,39	2,39
Deutschland	1,48	1,32	-0,6	1,14	2,05
Japan	0,63	0,79	-1,4	0,62	1,05
Vereinigtes Königreich	1,99	1,83	-0,1	1,42	2,44
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,29	1,32	-2,0	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	96,09	86,74	+10,8	76,18	96,26
Yen/Euro	124,79	113,61	+9,8	94,63	126,88
Pfund/Euro	0,87	0,82	+5,6	0,78	0,88



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,5	+2,0	+2,5	+2,1	+1,8	+1,7	5,9	5,5	5,7	5,6
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6
IWF	+3,1	+0,9	+0,6	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,2	8,9	8,1	7,6	7,0
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5
IWF	+1,8	+2,3	+2,0	+3,0	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7
Japan												
EU-KOM	-0,6	+1,9	+1,0	+1,6	-0,3	-0,1	+0,2	+0,4	4,6	4,3	4,3	4,2
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3
IWF	-0,6	+2,0	+1,2	+0,7	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,0	+0,1	+1,2	+2,3	+2,2	+1,6	+1,5	9,6	10,3	10,7	11,0
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9
IWF	+1,7	+0,2	+0,3	+0,9	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,2	-1,0	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,6	12,0
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8
IWF	+0,4	-2,1	-1,0	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,9	+0,0	+0,9	+1,9	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	8,0	7,9	8,0	7,8
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0
IWF	+0,9	-0,2	+1,0	+1,9	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9
IWF	+2,6	+2,0	+1,8	+2,3	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,3	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0
IWF	+1,4	-0,4	-0,2	+1,0	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2
EZB	+1,5	+0,5	-0,3	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,4	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,1	+1,6	+3,1	+2,6	+2,0	+1,7	9,6	10,5	11,1	11,0
IWF	+1,6	-0,2	+0,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

 ${\sf OECD: Wirtschafts ausblick, Dezember\,2012.}$ 

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012. \ Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 23. \ Januar 2013.$ 

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, December 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum; für 2012 und 2013 Mittelwertberechnung).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,2	+1,5	+3,5	+2,6	+1,6	+1,5	7,2	7,3	7,7	7,7
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,2	12,5	10,0	9,8	9,0
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,1	+0,3	+1,2	+3,3	+3,2	+2,5	+2,2	7,8	7,7	8,0	7,9
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,4	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,7	27,0	25,7
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,8	14,6	14,1
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,5	+1,6	+3,7	+2,9	+1,7	+1,6	4,8	5,0	5,4	5,7
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,6	+1,0	+1,5	+2,0	+2,5	+3,2	+2,2	+2,2	6,5	6,5	6,4	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,9	-0,6	+1,1	+2,5	+2,8	+2,6	+1,4	4,4	5,3	6,3	6,5
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,7	+0,7	+1,9	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,5	4,2
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	-3,2	-1,9	+0,8	+3,6	+2,8	+0,6	+1,2	12,9	15,7	17,3	16,8	
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6	
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3	
Slowakei													
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,1	+2,9	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,0	13,6	
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0	
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8	
Slowenien													
EU-KOM	+0,6	-2,0	-2,0	+0,7	+2,1	+2,8	+2,2	+1,5	8,2	9,0	9,8	10,0	
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8	
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7	
Spanien													
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,4	+1,7	+1,0	21,7	25,0	26,9	26,6	
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8	
IWF	+0,4	-1,4	-1,5	+0,8	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1	
Zypern													
EU-KOM	+0,5	-2,3	-3,5	-1,3	+3,5	+3,1	+1,5	+1,4	7,9	12,1	13,7	14,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012. Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 23. Januar 2013.

Stand: Februar 2013

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote						
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,4	+2,6	+2,7	11,3	12,2	12,2	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,4	+1,1	+1,7	+2,7	+2,4	+1,5	+1,5	7,6	7,7	8,0	7,9
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+5,3	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,9	+2,2	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,4	+2,9	15,3	13,0	11,4	9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,0	+1,2	+2,2	+3,9	+3,7	+1,8	+2,3	9,6	10,2	10,8	10,9
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,2	+1,6	+2,5	+5,8	+3,4	+4,6	+3,3	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+1,0	+1,3	+2,7	+1,4	+0,9	+1,1	+1,6	7,5	7,7	8,0	7,8
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,1	+0,0	+1,9	+2,1	+3,5	+2,1	+1,6	6,7	7,0	7,6	7,3
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	-0,1	+1,3	+3,9	+5,7	+3,6	+3,3	10,9	10,8	11,1	11,1
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	0,1	-0,2	0,0	80,5	81,6	80,7	78,3	5,6	6,3	6,0	5,6
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,5	-6,6	-5,9	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-3,0	-3,3
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-8,9	-9,1	-9,1	-8,0	-	-	-	-	2,0	1,0	1,0	1,4
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5
Frankreich												
EU-KOM	-5,2	-4,6	-3,7	-3,9	86,0	90,3	93,4	95,0	-2,6	-1,9	-1,6	-1,8
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6
Italien												
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	127,1	128,1	127,1	-3,3	-0,7	0,6	0,8
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,3	-7,4	-6,0	85,2	89,8	95,4	97,9	-1,3	-3,7	-3,1	-2,0
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-4,2	-3,5	-2,8	-2,7	88,1	93,1	95,1	95,2	0,2	1,5	2,2	2,3
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-3,8	-3,4	-3,1	83,1	87,2	89,9	90,3	0,1	0,7	1,4	1,6
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,0	-3,2	97,8	99,8	100,8	101,1	1,0	1,5	2,0	1,9	
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3	
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8	
Estland													
EU-KOM	1,1	-0,5	-0,4	0,2	6,1	10,5	11,8	11,3	0,3	-2,7	-2,3	-1,7	
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2	
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-1,7	-1,5	-1,3	49,0	53,4	56,4	57,6	-1,3	-0,7	-0,7	-1,0	
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7	
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6	
Griechenland													
EU-KOM	-9,4	-6,6	-4,6	-3,5	170,6	161,6	175,6	175,2	-11,7	-7,7	-4,3	-3,3	
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3	
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-7,7	-7,3	-4,2	106,4	117,2	122,2	120,1	1,1	2,1	3,4	4,3	
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4	
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,3	-1,5	-0,9	-1,3	18,3	20,5	22,2	24,1	7,1	6,3	6,7	6,1	
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3	
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0	
Malta													
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,5	70,4	73,1	73,8	73,6	-0,3	1,5	1,2	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	70,8	73,8	75,0	8,3	8,3	8,6	8,9	
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0	
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-3,0	-2,5	-1,8	72,4	74,3	75,2	74,5	1,1	1,7	2,1	2,4	
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5	
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,9	-2,9	108,0	120,6	123,9	124,7	-7,2	-3,0	-1,4	-1,2
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,9	-4,8	-3,3	-3,4	43,3	52,4	55,1	57,1	-2,5	0,0	0,8	2,0
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,4	-5,1	-4,7	46,9	53,7	59,5	63,4	0,1	1,9	3,8	3,3
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-10,2	-6,7	-7,2	69,3	88,4	95,8	101,0	-3,7	-1,9	1,0	2,5
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,5	-4,5	-3,8	71,1	86,5	93,1	97,0	-4,2	-6,0	-1,7	0,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschafts ausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	-2,0	-1,0	-1,3	-1,0	16,3	18,9	17,1	17,3	1,7	-0,7	-1,6	-2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-1,8	-4,0	-2,7	-2,8	46,4	45,6	45,9	47,3	5,6	4,8	4,1	4,1	
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9	
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5	
Lettland													
EU-KOM	-3,4	-1,5	-1,1	-0,9	42,2	41,9	44,4	41,5	-2,4	-2,5	-2,8	-3,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4	
Litauen													
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	41,1	40,5	40,3	-3,7	-0,9	-1,3	-1,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3	
Polen													
EU-KOM	-5,0	-3,5	-3,4	-3,3	56,4	55,8	57,0	57,5	-4,5	-3,6	-2,7	-2,4	
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8	
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7	
Rumänien													
EU-KOM	-5,7	-2,9	-2,4	-2,2	34,7	38,0	38,1	38,0	-4,5	-3,8	-4,0	-3,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9	
Schweden													
EU-KOM	0,3	-0,2	-0,9	-0,2	38,4	37,7	37,3	35,5	7,3	7,2	7,3	7,6	
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9	
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6	
Tschechien													
EU-KOM	-3,3	-5,2	-3,1	-3,0	40,8	45,5	48,0	49,5	-3,9	-2,9	-2,7	-2,7	
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9	
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0	
Ungarn													
EU-KOM	4,3	-2,4	-3,4	-3,4	81,4	78,6	78,7	77,7	1,0	2,3	3,3	3,6	
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4	
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, März 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X